

# Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Die Leipziger Volkszeitung ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen des Polizeipräsidiums Leipzig, der Amtshauptmannschaft Leipzig u. des Stadtrats zu Großsch. Behörden bestimmt Blatt

**Bezugspreis** mit Illustr., Beilage Volk und Zeit sowie der Kinder-Beilage, für einen Monat einchl. Bringerlohn 2.—, für Selbstabholer 1.80 Mk. — Durch die Post bezogen 2.— Mk. ohne Bestellgeld. Telefon Sammelnummer 72206. **Postfachkonto:** Leipziger Buchdruckerei H. G., Leipzig Nr. 534 77

**Redaktion:** Leipzig, Tauchaer Str. 19/21  
Telegraphen-Adresse: Volkszeitung Leipzig  
Telephon 72206. — **Verlag in Leipzig:**  
Tauchaer Straße 19/21 — Telephon 72206

**Inseratenpreise:** Die 10gspalt. Kolonelle 85 Bfg., bei Platzvorkauf 40 Bfg. Stellenangebote 10gsp. Kolonelle 25 Bfg. Familiennachrichten von Privaten die 10gsp. Kolonelle mit 50% Nachsch. Reklameseite 2 Mk. Inserate v. ausw.: die 10gsp. Kolonelle 40 Bfg. bei Platzvorkauf, 50 Bfg. Reklameseite 2.25 Mk.

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Abonnementsbestellungen nehmen die Austräger, unsere Zweiggeschäfte und alle Volkshilfen entgegen

## Das „Dritte Reich“ in Braunschweig

Schwere Ausschreitungen beim Hitler-Rummel — Neue Blutaten der Nationalsozialisten: In Zittau ein Sozialdemokrat erschossen, ein zweiter schwer verletzt — Einigung im Kabinett über die neue Agrarzollvorlage

### Unter dem Schutze des Nazi-Ministers

SPD Braunschweig, 23. Februar.

Der Hitler-Rummel in Braunschweig am Sonntag hat mit Egzenzen geendet. Der Naziminister Franzen hatte vor dem Hotel, in dem Hitler abgestiegen war, die Polizei vertrieben und durch SA-Leute ersetzt. Er gab den SA-Führern die Weisung, daß sie allein für die Ordnung und für die Räumung der Straßen zu sorgen hätten. Infolgedessen kam es wiederholt zu Zusammenstößen, in denen Passanten mit Gummiknüppeln und anderen Hieb- und Stichwaffen zusammengeschlagen und verletzt wurden.

Auf das Ortsbüro des Reichsbanners wurde ein Angriff durch Nazi-Handen verübt, der jedoch durch eine Schutzwache vereitelt wurde. Als später einige Reichsbannerkameraden in einem Trupp von 8 Mann nach Hause gingen, wurden sie von einer Nazi-Orde überfallen und blutig niedergeschlagen. Ein 53jähriger Reichsbannerkamerad erlitt schwere Verletzungen. Bei einer ganzen Reihe von Nazis wurden Schutzwaffen festgehalten. Ein Trupp drang in ein Café ein, fing eine Schlägerei an und schlug lärmendes Mobiliar in Trümmer. Auch Polizeibeamte wurden durch Messertische usw. verletzt.

Die Befestigung an der Nazischutzhütte wird mit 3189 untermieteten Nazis und 481 Jugendlichen angegeben. Selbst aus Soltau und aus ganz Niederachsen wurden die SA-Leute zusammengetrommelt. Die Bevölkerung nahm an dem Nazi-Gau-parteitag wenig Anteil.

### Ein neuer Franzen-Standal

SPD Braunschweig, 23. Februar.

Ein ungeheurer Vorfall, der die bekannte Affäre Franzen auf der Berliner Polizeiwache noch in den Schatten stellt, hat sich am Sonntag in Braunschweig anlässlich der Nazitagung zugetragen. Ein Oberwachmeister der Braunschweiger Schutzpolizei wurde auf der Straße von zwei verletzten Männern angegriffen, die die Namen von Hakenkreuzlern festzustellen wollten, die die beiden ohne Grund überfallen und blutig geschlagen hatten. Der Polizeibeamte kam, wie seine Pflicht war, dieser Aufforderung nach und begab sich vor das Börsenhotel, das Hauptquartier der Nazi, wo Adolf Hitler abgestiegen war. Hier wurde er von einem SA-Führer mit den Worten angehalten: „Die Polizei hat hier nichts zu sagen.“

Die SA griff dann ein und schlug auf das umstehende Publikum los. Der Wachmeister schützte die beiden Verletzten, die sich unter seinen Schutz gestellt hatten und zog dabei auch seinen Säbel, wurde aber gewaltsam daran gehindert, seine Waffe zu gebrauchen. Jetzt erschien Hitler selbst in der Hoteltür und erklärte grobhartig zu seinen SA-Leuten:

„Stellen Sie den Namen des Polizeibeamten fest, alles Weitere wird sich finden.“

Der Polizeibeamte ging darauf zur Schutzpolizeikaserne zurück. Dort erschien eine halbe Stunde später der Polizeiminister Franzen persönlich und unterlag dem Polizeiwachmeister die weitere Ausübung des Dienstes. Außerdem ordnete Franzen in seiner Eigenschaft als Polizeiminister an, daß der betreffende Beamte die Kaserne nicht verlassen dürfe. Diese Anordnung blieb bis Montag in Kraft.

Der Polizeiminister Franzen hat also einem Polizeibeamten, der nur gemäß seinen Dienstvorschriften handelte, die weitere Dienstausübung untersagt und hat damit die Ungeheuerlichkeiten der SA, gegen die der Polizeibeamte einschreiten mußte, gebilligt und die schuldigen SA-Leute der Bestrafung entzogen. Ein derartiges Verhalten dürfte in Deutschland wohl einzig dastehen. Wie lange soll dieser ungeheuerliche Standal in Braunschweig noch andauern? Jetzt sind wir in der deutschen Republik schon so weit, daß auf Befehl Hitlers Sicherheitsbeamte, die ihre Pflicht tun, eingesperrt und vom Dienst suspendiert werden. Die SA-Banden bestimmen in Braunschweig, was die Polizei tun darf, und der Nazi-Polizeiminister mißbraucht seine Amtsgewalt, um seine Parteigenossen, die friedliche Bürger überfallen, vor der wohlverdienten Bestrafung zu retten. Wie lange geduldet der Reichsinnenminister in Berlin diesem Standal noch ruhig zuzusehen?

### Opfer der Nazi-Beistien

SPD Braunschweig, 24. Februar.

Die Liste der von den Hakenkreuzern in Braunschweig am sogenannten Hitlerstage begangenen Verbrechen war am Montagabend einigermaßen zu überschauen. Ein 72jähriger Arbeitsunvalide wurde von den Nazis mit brennenden Fackeln niedergeschlagen und schwer mißhandelt. Seine Verletzungen sind lebensgefährlich. Genau so war es bei einem Zimmergefallen, der beim Anzug einen Furcht machte. Ihm wurde von einem Hakenkreuzler Salzsäure ins Gesicht geschüttet. Wahrscheinlich wird der Schwerverletzte erblinden. Dem jetzigen Attentäter wurde zum Schutze seiner Wohnung von Franzen eine Polizeiwache gestellt. In der Arbeiterstraße Riedelskult kam es zu einem regelrechten Gefecht zwischen provozierenden SA-Leuten und Anwohnern. Die Nazis schossen scharf, wurden aber zurückgeschlagen und schafften drei Schwerverletzte fort.

Unter riesiger Beteiligung der werktätigen Bevölkerung nahm Sölling am Montagabend den Appell über das Braunschweiger Reichsbanner ab. Anschließend sprach der Bundesführer in einer Riesenschutzhütte, die wegen Überfüllung polizeilich abgesperrt war. Zu Zwischenfällen ist es nicht gekommen.

### Von Versailles nach Versailles

Zum sechzigsten Jahrestag des Versailler Vorfriedens

Von Hermann Wendel.

Die geschichtliche Logik ist noch genauer in ihren Revisionen als unsere Oberrechnungskammer.

Als Paris, seit Monaten von den deutschen Heeren eingeschlossen, nur mehr für vierzehn Tage Pferdefleisch, für acht Tage Brot hatte und also unmittelbar vor einer entsetzlichen Hungerkatastrophe stand, mußte es am 28. Januar 1871 kapitulieren. Die Deutschen besetzten die Forts, ohne in die Stadt einzurücken, die Besatzung lieferte, bis auf eine als Ordnungsschutz dienende Division, ihre Waffen ab, ohne in Kriegsgefangenschaft zu geraten, und ein einundzwanzigtägiger Waffenstillstand gab Gelegenheit zu Wahlen für die Nationalversammlung, die nur eine Aufgabe hatte: über den Frieden zu befinden.

Die Wahlen vom 8. Februar gingen denn fast ausschließlich unter der Losung: Für oder gegen Fortsetzung des Krieges? vor sich. Die Städte, Paris an der Spitze, entsandten Republikaner ins Parlament, die meist, in Erinnerung an den revolutionären Volkskrieg von 1792, nach der Formel Gambettas für „Widerstand bis zur vollen Erschöpfung“ schwärmten, obwohl in der Tat Frankreich bereits gründlich erschöpft war: genaue Prüfung stellte fest, daß von 888 000 Mann, die unter den Fahnen standen, höchstens 220 000 zu ersten Kampfhandlungen im Felde zu verwenden waren. Das flache Land entschied sich darum überwiegend für die Kandidaten, die ihm das Ende des Mordens verhießen, unbeschadet dessen, daß es sich vielfach um Legitimisten, Orleansiten und sonstige Anhänger verfallener Regimes handelte. Die Nationalversammlung, die am 13. Februar in Bordeaux zusammentrat und Thiers zum Chef der Exekutivgewalt wählte, war in ihrer Mehrheit von vornherein entschlossen, den Frieden, sei er auch noch so hart, zu schließen.

Nach Sedan war es aller Welt klar, daß die deutsche Politik die Gelegenheit, mit der französischen Republik zu einem guten Ende des Krieges zu kommen und sich durch glimpfliche Bedingungen Vertrauen und Freundschaft des Nachbarvolkes zu sichern, in den Wind schlug. Seit der Gefangennahme Napoleons III. ging der Krieg um die Eroberung der westlichen Provinzen Frankreichs, die Bismarck, allen sentimentalischen Erwägungen abhold, nicht etwa als „wiederzugewinnendes deutsches Land“ erstrebte, sondern als „militärische Sicherung“ brauchte. Und bescheiden war er nicht. Als Thiers und der Minister des Äußern Favre am 23. Februar ins deutsche Hauptquartier Versailles kamen, erfuhren sie erblichend die Bedingungen der Sieger: Abtretung der Departements Ober- und Niederrhein und Mosel mit Straßburg und Metz, eines Stückes der Meurthe mit Nancy sowie der indischen Kolonie Pondichörn, außerdem Auslieferung eines Teils der Flotte und Zahlung einer Kriegsschuldigung von zehn Milliarden Goldfrank. Sofort begann jähres Markten und Feilschen, aber Bismarck hatte die Trümmer in der Hand. Wie er schon mit Erfolg zugunsten der Kreaturen Bonapartes, nämlich der Minister, Staatsräte, Senatoren und Regierungsabgeordneten des Kaiserreichs aufgetreten war, denen ein Dekret der Republik die Wählbarkeit zur Nationalversammlung absperrte, so drohte er jetzt mit einer Freilassung Napoleons; der brauche, meinte er in arger Verkennung der Sachlage, nur mit 100 000 ebenfalls freigelassenen und bewaffneten Kriegsgefangenen die Grenze zu überschreiten, und „Frankreich wäre wieder sein“. Zudem spielte er des öfteren gegen Einwände von Thiers das Argument aus, nicht der Sieger, sondern der Besiegte habe nachzugeben.

Ermöglichte Bismarck gleichwohl die Geldforderung bald auf siebeneinhalb Milliarden und gab er die Ansprüche auf Nancy, Belfort, die indische Kolonie und die Schiffe preis, so fühlte er sich auch bei dem Gedanken an die Erwerbung von Metz nicht recht behaglich. Der Verzicht auf diese Festungsstadt lag ihm nahe, wenn er dafür eine Milliarde mehr erhielt, um damit bei Falkenberg oder Saarbrücken starke Befestigungen zu bauen: „Ich mag gar nicht so viele Franzosen in unserem Haus, die nicht drin sein wollen.“ Aber nicht nur überstimmen den Zivilisten die militärischen „Sachverständigen“, sondern er selber fand sich rasch mit der Annexión von Metz ab, „weil man andernfalls große Striche von Lothringen, deren Gewinnung man ins Auge gefaßt hat, auch aufgeben müßte“, und, ein Vorkäufer der alldeutschen Landverehrler, die sich zwischen 1914 und 1918 nach Brien

### Nazis knallen Sozialdemokraten nieder

SPD Zittau, 24. Februar.

Bei einem Fackelzug, den die Nationalsozialistische Partei am Montagabend durch die Hauptstraßen der Stadt veranstaltete, kam es zu schweren Ausschreitungen. Als der Zug auf der Bauhner Straße anlangte, wurde er von Kommunisten angegriffen. Ein Nationalsozialist wurde hierbei schwer verletzt, zwei weitere Personen erlitten leichtere Verletzungen. In der Frauenstraße fielen mehrere Schüsse, durch die ein unbeteiligter Mann tödlich getroffen wurde. An dem herbeigerufenen Polizeiauto wurde durch einen Schuß eine Scheibe zertrümmert. Während der an den Demonstrationen sich anschließenden Kundgebung in dem Gasthaus „Drei Kronen“ kam es wiederum zu Zusammenstößen, bei denen ein Gendarm schwer und ein städtischer Schutzmann leicht verletzt wurden.

Eine weitere Meldung des Soz. Pressedienstes besagt:

Die blutigen Ausschreitungen in Zittau sind in erster Linie auf die kommunistische Aufforderung zurückzuführen, die Nazis von den Straßen zu verjagen. Von der Sozialdemokratie war die Parole ausgegeben worden, die Straßen zu meiden. Als der Fackelzug der Nazis die Geschäftsstelle der sozialdemokratischen Volkszeitung passierte, stürzte sich nach einigen Zurufen aus der Menge eine Anzahl Nazis auf die Zuschauer und schlug mit Fackeln auf die unbeteiligten Passanten ein. In diesem Augenblick fielen einige Schüsse, durch die das Mitglied des sozialdemokratischen Abwehrzweigs

Emil Kaulbach, der zum Schutze der Volkszeitungsstelle bestellt war, getötet wurde.

Kaulbach stand als gänzlich Unbeteiligter vor dem Parteigeschäft. Ein weiterer Schuß traf einen Jugendgenossen in den Rücken und verletzte ihn schwer.

Nach den Berichten der Augenzeugen sind die Schüsse von den Nazis abgegeben worden.

### Ein neuer Justizskandal

Verurteilte Bombenleger freigelassen

SPD Neumünster, 21. Februar.

Großes Aufsehen erregt hier die Freilassung der aus dem großen Bombenlegerprozeß bekannten Riedels und Hennings. Riedels ist seinerzeit zu zwei Jahren sechs Monaten Gefängnis, Hennings zu fünf Jahren drei Monaten Zuchthaus verurteilt worden. Beide freigelassene äußerten, daß sie nicht wüßten, weshalb ihre Freilassung erfolgt ist. Von der Gerichtsstelle Altona wurde auf Anfrage mitgeteilt, daß die Freilassung erfolgt sei, weil für beide Verurteilte eine Sicherheitssumme hinterlegt wurde.

### Ein Waffenlager der Stahlhelmer

SPD Köln, 21. Februar.

In St. Goar wurden bei einem Stahlhelmann, namens Gustav Mubersbach, der außerhalb des Ortes eine Tankstelle unterhält, 10 Gewehre und Karabiner und etwa 1000 Schußmunition beschlagnahmt. Als die Gewehre gefunden wurden, bestritt Mubersbach seine Zugehörigkeit zum Stahlhelm. Eine Hausdurchsuchung förderte jedoch eine Stahlhelmmuniform nebst Stahlhelmschiffen zutage.



und Longwy heiser schrien, meinte er sehr vernünftig: „Diese Striche enthalten herrliche Lager von Eisen.“

So wurde am Sonntag, dem 28. Februar 1871, 4.12 Uhr nachmittags, der Pariser Vorfrieden unterzeichnet, der zweiwöchentlich später in Frankfurt nur seine einfache Bestätigung erfuhr: er verpflichtete Frankreich zur Abtretung von Elsaß und Lothringen und zur Zahlung eines Tributs von fünf Milliarden Franc.

Als die Nationalversammlung von Bordeaux am 1. März über diesen Vertrag beriet, dachte sie nicht im Traum daran, etwa als Beginn eines Feldzuges gegen die „Schuldfrage“ das abgetane Regime von der Schuld am Kriege weizuwaschen; vielmehr entließ sie den Versuch eines der fünf Bonapartisten, für die kaiserliche Vergangenheit ein wenig Stimmung zu machen, einen Orkan der Entrüstung und Gebar den fast einstimmig angenommenen Beschluß, die Abhebung Napoleons III. als „des Verantwortlichen für den Ruin und die Zerstückelung Frankreichs“ noch einmal zu betraffigen. Der Dichter Victor Hugo, an erster Stelle auf der Pariser Liste gewählt, sprach dabei scharf von der Stunde, da unter ähnlichen Umständen ein siegreiches Frankreich zu einem besiegten Deutschland lagen werde: „Laßt uns Freunde sein! Ich vergesse nicht, daß du mich von meinem Kaiser befreit hast, ich befreie dich von deinem.“ Dann entschied sich die Versammlung mit 516 gegen 107 Stimmen für Annahme des Pariser Vertrags, der Wilhelm I. als „ehrenvoller“, allen Franzosen aber als „Schandfrieden“ erklärte.

Vorher hatte für die Bevölkerung der abzutretenden Departements der Abgeordnete Keller eine Erklärung abgegeben: „Wir wollen Franzosen sein und wir werden Franzosen bleiben. Es gibt keine Macht auf Erden und es gibt keine Unterdrückung, weder die der Nationalversammlung noch die Preußens, die uns hindern könnte, Franzosen zu bleiben.“ Das half alles nichts. 14 518 Quadratkilometer französischen Landes kamen gegen den Willen ihrer 1,6 Millionen Bewohner an Deutschland. Das Urteil über solche Gewalttat hatte schon am 9. September 1870 die Zweite Adresse des Generalrats der sozialistischen Internationale, verfaßt von Karl Marx, vorweggenommen, da sie voraussetzte, die Geschichte werde ihre Vergeltung bemessen „nicht nach der Ausdehnung der von Frankreich abgerissenen Quadratkilometer, sondern nach der Größe des Verbrechens, daß man in der zweiten Hälfte des neunzehnten Jahrhunderts die Politik der Eroberungen auf neue ins Leben gerufen hat.“

Nie ist eine Prophezeiung schauerlicher in Erfüllung gegangen. Denn wenn der badische Staatsrat Jolly, einer der Vertreter Süddeutschlands, die als stumme Statisten bei den Vorstandsverhandlungen zu Versailles „mitwirkten“, angefaßt der „Daumenschrauben“, die Bismarck den französischen Unterhändlern anlegte, in böser Vorahnung bemerkte: „Gebe Gott, daß nie ein deutscher Staatsmann Ähnliches zu erleben hat!“, so mußten achtundvierzig Jahre später zwei deutsche Staatsmänner in dem gleichen Versailles einen Frieden unterzeichnen, der wie der Vertrag vom 28. Februar 1871 den Übermut eines gewalttätigen Siegers durch alle Poren schwappte. Nur entrißten sich über den Pariser „Schandfrieden“ von 1919 in Deutschland am demagogischsten jene Gesellen, die den Pariser „Schandfrieden“ von 1871 ganz in der Ordnung finden, während nur wir, die wir diesen verwerfen, das moralische Recht haben, gegen jenen entschlossen anzugehen.

## Tagung der Exekutive der IWA

SPD Köln, 23. Februar.

Am zweiten Verhandlungstage der Internationalen Exekutive berichtete Otto Bauer (Österreich) über die Beschlüsse der gemeinsamen Arbeitslosen-Kommission der Sozialistischen Internationale und des Internationalen Gewerkschaftsbundes. Die Exekutive nahm die Beschlüsse zur Kenntnis. Eine weitere Resolution stellt fest, daß internationale Vertretung über die Herabsetzung der Zölle für einzelne Warengruppen empfehlenswert sind. Schließlich wird die Einführung der Arbeitslosenversicherung in jenen Ländern der Diktatur, in denen sie noch nicht besteht, dringend gefordert. Ein besonderer Beschluß erhebt die Forderung nach der fünfjährigen Frist für die gemeinsame Durchführung der Aktion für die Abrüstung mit dem Internationalen Gewerkschaftsbund wurde ein Komitee gebildet, dem von Seiten der IWA der Vorsitzende der Abrüstungskommission Albarda (Holland) und der Sekretär Adler, seitens des IGB Fouhaux (Frankreich) und Schevenels (Belgien) als Sekretär des IGB angehören.

Die Frage der Abrüstung wird auch einer der Gegenstände der Beratung auf dem Internationalen Sozialistenkongress in Wien sein, der am 25. Juni eröffnet wird. Die Tagesordnung des Kongresses ist wie folgt festgelegt: 1. Der Kampf um die Abrüstung und gegen die Kriegsgefahr. 2. Die allgemeine Lage der sozialistischen Bewegung und der Kampf der Arbeiterklasse um die Demokratie. 3. Die Weltwirtschaftskrise und die Arbeitslosigkeit. Als Berichterstatter wurden bereits jetzt gewählt: für Punkt 1 De Brouckere (Belgien), für Punkt 2 Bauer (Österreich).

Zum Ergebnis der Indikatorenkonferenz nahm die Exekutive in einer einstimmig angenommenen Entschließung Stellung, die dem Präsidenten des indischen Nationalkongresses und Mahatma Gandhi mitgeteilt wurde. Darin spricht die Exekutive die Hoffnung aus, daß die Verhandlungen erfolgreich sein werden, fordert jedoch, daß die neue Verfassung Indiens der Arbeiterklasse und den Massen der Bauernschaft das Wahlrecht gewährt.

Auf Grund des vom „Vorwärts“ veröffentlichten Telegramms der Sowjetagentur, wonach die Unterdrückung wegen der konterrevolutionären Organisation eines angeblichen Büros der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Russlands beendet ist und die Angelegenheit in wenigen Tagen dem Obersten Gerichtshof der Sowjetunion zugewiesen werden wird, landete Wandervogel dem Rat der Volkstommissare in Moskau auf Beschluß der Exekutive ein Protestschreiben. Schließlich nahm die Exekutive das Aufnahmegericht der Rabitalen Sozialistischen Ukrainischen Partei in Polen zur Kenntnis und hat die Aufnahme vollzogen.

## Die Ernüchterung kommt

DNV Königsberg, 23. Februar.

Die geistigen Stadtverordnetenwahlen in Treuburg (früher Marggrabowa) brachten ein Anwachsen der sozialdemokratischen und der kommunistischen und einen Rückgang der nationalsozialistischen Stimmen gegenüber den Reichstagswahlen am 14. September 1930. Bei einer Wahlbeteiligung von etwa 74 Prozent erhielten die Sozialdemokraten 568 Stimmen (Septemberwahl 503), die neu aufgestellte Liste Balf erhielt 170, die Nationalsozialisten 607 (1011), die Kommunisten 380 (303), die Wirtschaftspartei 189 (123), der neu gebildete Bürgerblock 169, die neu gebildete Handwerkerliste 113 und die neue Liste der Beamten und Angestellten 458 Stimmen.

## Ulrich Hauschers Nachfolger

Der Ministerialdirigent in der Abteilung des Auswärtigen Amtes, Hans Adolf von Wollke, ist zum Gesandten in Warschau ernannt worden. Wollke reist am 26. Februar nach Warschau ab, um seinen Posten zu übernehmen.

# Stalins Bündnis mit der Schwerindustrie

## Deutsche Trustmagnaten nach Moskau eingeladen

Führende Persönlichkeiten einiger am Lieferungsgeheimnis mit Rußland beteiligter deutscher Industriefirmen werden sich, wie der „Ost-Express“ von ausländischer Seite erfährt, Ende Februar auf Grund einer an sie namentlich ergangenen Einladung des Obersten Volkswirtschaftsrates der Sowjetunion nach Moskau begeben. Den Eingeladenen soll während ihres kurzweiligen Aufenthalts Gelegenheit geboten werden, mit Vertretern der Sowjetwirtschaft Fühlung zu nehmen und in die industriellen Aufbauanstrengungen Rußlands Einblick zu gewinnen.

Das Organ des Rußlandauschusses der Deutschen Wirtschaft „Die Ostwirtschaft“ bringt in ihrer nächsten Nummer einen wirtschaftssozialistischen Kommentar zu dieser Mitteilung, der darauf hinweist, daß der bereits vor längerer Zeit geäußerte russische Wunsch nach einem Besuch führender Persönlichkeiten der deutschen Wirtschaft aus verschiedenen Gründen bisher nicht hat verwirklicht werden können, während in den letzten Jahren Delegationen englischer und amerikanischer Wirtschaftsführer Rußland besucht und eingehende Berichte erstattet haben. Nunmehr ist

auf offiziellem diplomatischem Wege eine Einladung des Obersten Volkswirtschaftsrates an eine Reihe deutscher Wirtschaftsführer ergangen zu Besprechungen der geschäftlichen Betätigungsmöglichkeiten der deutschen Industrie und zu Besichtigungen der russischen Industriewerke nach der Sowjetunion zu kommen.

Die Sowjetregierung legt Wert auf eine Fühlungnahme der leitenden Persönlichkeiten der Sowjetwirtschaft mit prominenten Vertretern der deutschen Industrie. Ueber einzelne Geschäfte soll in diesem nicht verhandelt werden. Die Moskauer Besprechungen werden hoffentlich Gelegenheit geben, manche bisher vorhandene Schwierigkeiten zu erörtern und zu beseitigen und neue Wege zur Belebung des Rußlandgeschäfts zu finden.

Folgende Herren haben sich bereit erklärt, der russischen Ein-

ladung Folge zu leisten: Generaldirektor Dr. Borbei, Vereinigte Stahlwerke; Geh. Kommerzienrat Dr.-Ing. e. h. Konrad von Borßig; Kommerzienrat B. u. S., Bielefeld; Bielefeld-Werke; Geh. Kommerzienrat Buz, Maschinenfabrik Augsburg-Münchberg; Fabrikbesitzer Paul Hager, i. Fa. W. Steffens; S. Hirsch, Hirsch Kupfer- und Messingwerke, AG.; Geh. Kommerzienrat Dr.-Ing. e. h. Peter Aldner; Direktor Dr. Klothach, Friedr. Krupp AG.; Generaldirektor Dr.-Ing. e. h. Köttgen, Siemens-Schubert AG.; Krash, Teilhaber der Firma Otto Wolff; Direktor Mayer, Eicheit, Gutehoffnungshütte AG.; Generaldirektor Roe, Schickau, GmbH.; Generaldirektor August Pfeffer, AG.; Dr.-Ing. e. h. Blah, Metallgesellschaft AG.; Generaldirektor Dr.-Ing. e. h. Ernst Voensgen, Vereinigte Stahlwerke; Geh. Kommerzienrat Dr.-Ing. e. h. Kieckhefer, J. G. Kieckhefer AG.; und Generaldirektor Dr.-Ing. Reuter, Demag. Als Begeleiter der Delegation fährt Herr Dr. Beit von der Geschäftsführung des Reichsverbandes der Deutschen Industrie mit.

Die Sowjetregierung hat bei der Einladung deutscher Industremagnaten eine sehr beachtliche Auswahl getroffen. Unter den siebzehn Industriellen sind nicht weniger als neun, die zur rheinisch-westfälischen Schwerindustrie gehören oder mittelbar mit ihr verbunden sind. Es ist also der Teil der Industrie, der der politischen und sozial reaktionärsten und, weil gleichzeitig auch der bestorganisierten, im Reichsverband führend ist. Nicht die Industriellen sind ausgewählt, von denen man kaufen, sondern die, deren politischen Einfluß man für sich gewinnen will. Für den Fall, daß sich unter amerikanischer Führung eine Boykottfront zur Abwehr des russischen Dumpings bilden sollte, will man die deutschen Trustmagnaten auf seiner Seite haben. So wird die Einladung ansehnlich auch in Amerika beurteilt. Tel.-Union berichtet aus New York:

„Die Rußlandreise der deutschen Wirtschaftsführer findet in Amerika größte Beachtung. New York Times sieht in dieser Reise geradezu die Bedrohung der wirtschaftlichen Vorzugstellung Amerikas, die es bisher bei der Sowjetregierung genöß. Die an Deutschland erhaltene Einladung sei zweifellos in einen Zusammenhang zu bringen mit der Propaganda in Frankreich, England und den Vereinigten Staaten gegen die durch Zwangsarbeit begünstigte Dumping-Politik Moskaus. Mit Ausnahme eines Teiles der Geschäftswelt, der an der wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit Frankreich interessiert sei, verpöndelt sich jeder in Deutschland vom Gelingen des Fünfjahresplanes unbegrenzte Möglichkeiten für den Abschlag deutscher Erzeugnisse. Die politische und wirtschaftliche Bedeutung der neuen deutsch-russischen Wirtschaftsbeziehungen sei daher nicht zu unterschätzen.“

Die Kommunisten schwächen den Widerstand der Arbeiter gegen die Übermacht der deutschen Trustmagnaten durch ihren Kampf gegen die Gewerkschaften. Gleichzeitig verdrängt sich die Sowjetregierung mit den deutschen Trustmagnaten, um sich ihrer Hilfe bei der Durchführung des Fünfjahresplanes zu versichern. Fürwahr ein anmutiges Spiel mit verteilten Rollen!

## Die Bestätigung

IU Moskau (über Kowno), 24. Februar.

Amlich wird zu der bevorstehenden Reise von Vertretern der deutschen Industrie nach der Sowjetunion eine Erklärung herausgegeben, in der es heißt: Auf Einladung des obersten Volkswirtschaftsrates der Sowjetunion haben sich 18 Vertreter der deutschen Industrie bereit erklärt, zum Studium der wirtschaftlichen Lage nach Moskau zu kommen. Die Abordnung wird am 28. Februar in Moskau eintreffen, dort sieben Tage bleiben und sich dann nach Leningrad begeben, wo ein zweitägiger Aufenthalt vorgesehen ist.



Deutsche Industrielle, fahren nach Rußland.  
Konrad v. Borßig (BASF-Werke) Gen.-Dir. Kieckhefer (Siemens-Schubert AG.)

# Die Zöllner in der Offensive

## Abschluß der Kabinettsverhandlungen

### Die agrarpolitischen Maßnahmen der Regierung

SPD Das Reichskabinett schloß am Montagabend unter dem Vorsitz des Reichskanzlers seine agrar- und wirtschaftspolitischen Erörterungen ab.

Die gefassten Beschlüsse wird Reichsminister Dr. Schiele in seiner Rede zum Haushalt des Reichsministeriums für Ernährung und Landwirtschaft vertreten.

## Generalermächtigung für das Kabinett

DNV Berlin, 23. Februar.

Wie wir erfahren, hat sich das Reichskabinett in seiner heutigen Abend Sitzung, in der es nach der amtlichen Mitteilung die agrarpolitischen Erörterungen abschloß, darauf geeinigt, daß es vom Reichstag die Generalermächtigung verlangen wird, alle zur Förderung der Wirtschaft notwendigen Maßnahmen zu ergreifen. Mit dieser Formulierung, die etwa einem erweiterten Vertrauensvotum gleichkommt, würde der Regierung das Mittel gegeben sein, der Landwirtschaft die notwendige Hilfe zu bringen, soweit sie im Rahmen der Gesamtwirtschaft möglich erscheint.

Außerdem wird den Einwänden psychologischer Art, die von den Gegnern der Pläne des Reichs Ernährungsministers erhoben worden sind, durch die Ausdehnung der Ermächtigung auf die Gesamtwirtschaft Rechnung getragen werden. Das Kabinett hat auch bereits die Formel für die Ermächtigung ausgearbeitet, die von

ihm selbst an eine bestimmte Frist gebunden wird. Die Einzelheiten der Maßnahmen, namentlich auf dem Gebiet der Landwirtschaft, dürften der Reichsregierung zum geeigneten Zeitpunkt vorbehalten bleiben. In politischen Kreisen sieht man der morgigen Erklärung des Reichs Ernährungsministers mit großer Spannung entgegen, da sie eine Reihe programmatischer Einzelheiten enthalten wird.

## Sieg der Wucherzöllner

SPD Berlin, 24. Februar.

Der Charakter der vom Kabinett beschlossenen neuen Agrarmaßnahmen dürfte erst nach der Ertratte des Reichs Ernährungsministers Schiele im Reichstag klar zu erkennen sein. Allem Anschein nach ist der zwischen Schiele und Stegerwald bestehende Gegensatz zur Not einigermaßen überbrückt worden. In der Frage des Butterzolls sieht die Einigungsformel, wie verlautet, nur eine Ermächtigung an das Gesamtkabinett vor, während der Reichs Ernährungsminister für sich eine Ermächtigung gefordert hatte, nach Gutdünken die Butterzölle auf 100 Mark zu erhöhen zu können. Von der Ermächtigung soll nur beim Vorliegen zwingender Gründe Gebrauch gemacht werden. In eine Ausübung der Ermächtigung sei zunächst nicht gedacht. Bei der Frage des Holzolls soll eine Ermächtigung auf folgender Grundlage zustande gekommen sein: Ermächtigung zur Erhöhung des Holzolls mit der Maßgabe, daß bestehende handelspolitische Bindungen davon nicht berührt werden dürfen. Solche Bindungen bestehen in den Verträgen mit Schweden und Desterreich.

## Die Flottenverhandlungen

SPD London, 23. Februar.

Der englische Außenminister Henderson und der Marineminister Alexander sind am Montagmorgen plötzlich in Begleitung von Craigie nach Paris gereist. Der genaue Zweck dieser Reise ist unklar und konnte auch durch eine Anfrage im Unterhaus nicht erhellt werden. Der Unterstaatssekretär des Auswärtigen Amtes, Dalton, antwortete auf eine Anfrage, daß die übrigen Signatarmächte des Londoner Flottenvertrages ständig über die Entwicklung der Dinge unterrichtet worden seien. Auf die Frage, ob Henderson und Alexander lediglich als Berater nach Paris gereist seien und ob nicht weitere Konzessionen und Garantien in Frage kämen, erwiderte Dalton, der Antragsteller möge sich ein oder zwei Tage gedulden, dann wäre er zweifellos in der Lage, über alle Vorgänge erschöpfend Auskunft zu erteilen.

## Frankreich tritt dem Flottenabkommen bei

SPD Paris, 23. Februar.

Die Flottenverhandlungen zwischen Frankreich, England und Italien werden am Dienstag nach der Rückkehr des englischen Abzählungsdelegierten Craigie nach Paris fortgesetzt werden. Wie

aus den Mitteilungen der Pariser Presse zu ersehen ist, dürfte eine Einigung wenigstens zwischen Frankreich und England zu erwarten sein, da sich Italien vorläufig zu den neuen Kompromißvorschlägen noch nicht geäußert haben soll. Die Einigung dürfte demnach erfolgen, daß Frankreich dem Londoner Flottenabkommen beitrete, und zwar mit einer Gesamttonnage von 460 000 Tonnen. Frankreich hätte damit sein ursprüngliches Flottenaufbauprogramm von 1921 um 150 000 Tonnen herabgeschraubt. Dazu soll es sich mit einer U-Bootflotte von etwas über 80 000 Tonnen anstatt 98 000 Tonnen begnügen.

Das „Echo de Paris“ bestätigt offen und ausdrücklich, daß Frankreich dieses Zugeständnis nicht ohne Gegenleistung getan habe. England hat sich verpflichtet müssen, auf der Abrüstungskonferenz des Völkerbundes für die französischen Forderungen in der Landrüstung einzutreten und Frankreich vor allem bei der Bekämpfung der deutschen „Paritätsforderung“ zu unterstützen.

Admiral v. Capelle, der ehemalige Staatssekretär des Reichs Marineamts, ist in Wiesbaden an einem Herzschlag gestorben. Als Tizip wegen der U-Boot-Frage im März 1916 zurückgetreten war, wurde Capelle sein Nachfolger. Unter der Regierung Michaelis unternahm er im Oktober 1917 im Reichstag eine leidenschaftliche Attacke gegen die Unabhängige Sozialdemokratie. Capelle blieb auch nach Michaelis noch bis zum Herbst 1918 im Amt.



# Willkürbündnis Deutschland-Frankreich?

III Berlin, 23. Februar.

Zu den Behauptungen der radikal-sozialistischen Zeitung „La République“ über angebliche Verhandlungen zwischen französischen und deutschen Rechtskreisen in Paris, mit dem Ziele der Herstellung einer deutsch-französischen Einheitsfront gegen Sowjetrußland, über die die Zeitung „Ami du Peuple“ bereits vor einigen Tagen Andeutungen gebracht hatte und an denen auch angeblich amtliche deutsche Persönlichkeiten teilgenommen haben sollen, wird von zuständiger Stelle in Berlin mitgeteilt, daß es sich bei diesen Verhandlungen wie schon häufig vorher lediglich um eine Fühlungnahme deutscher Industrieller mit französischen Industriellen gehandelt habe. Amtliche Persönlichkeiten hätten an diesen Besprechungen nicht teilgenommen. Im übrigen hätten sich nach den von amtlicher Seite eingezogenen Erkundigungen unter den deutschen Persönlichkeiten, die in Paris gewest hätten, nicht nur Leute befunden, die politisch rechts ständen, sondern auch Persönlichkeiten der Mitte.

Die „République“ wollte wissen, daß das Ziel der Verhandlungen die Schaffung eines Heeres sei, das französisch-erzsetzt 500000 und deutscherseits 300000 Mann betragen solle. Der Oberbefehl solle im Kriegsfalle in den Händen eines französischen Generals liegen, der von einem deutschen Offizier unterstützt werde. Die Anerkennung der französischen Truppen-Überlegenheit durch Deutschland solle französischerseits, durch Zugeständnisse ausgeglichen werden, die sich auf die Korridorfrage bezögen.

# Sozialistische Offensive gegen

## Erwerbslosennot

SPD Prag, 23. Februar.

Die bürgerlichen Blätter in der Tschechoslowakei, nicht nur die tschechischen, sondern auch die deutschen, sind in großer Erregung infolge eines Artikels, den der sozialdemokratische Ernährungsminister Bechyně in einer Wochenschrift veröffentlicht hat. Minister Bechyně bezeichnete die Erwerbslosigkeit in der Tschechoslowakei, die nach der offiziellen Statistik 310 000, nach Schätzung des Fürsorge-ministers Dr. Czech aber 600 000 Personen beträgt, als nationale Katastrophe und forderte eine entweder freiwillige oder obligate Bekämpfung der verarmenden Klassen zugunsten der Arbeitslosen. Er fordert ferner zu diesem Zwecke einen separaten Notzuschlag zu Steuern bei großen Einkünften, Ubergabe eines beträchtlichen Teils der Ländereien an den Staat und Besteuerung der zweiten Einkommensquelle, welche den öffentlichen Personen aus der Vertretung des Staates, der Bezirke, und Gemeinden in verschiedenen Unternehmungen zufließt. Ueber diese Anträge, die Minister Bechyně dem Ministerrat vorgelegt hat, wird bald entschieden werden.

# Die Diätenanträge der Nazis

## Beschlüsse des Reichstags

SPD Der Reichstagsrat des Reichstags hielt am Montag vor der Plenarsitzung eine Sitzung ab, an der auch der Vorsitzende der deutschen nationalsozialistischen Fraktion Dr. Oberfohren teilnahm. Dr. Oberfohren bereitete sich an den Debatten, berührte aber nicht die Frage der Stellungnahme seiner Fraktion an den Plenarverhandlungen. Der nationalsozialistische Abg. Stöhr hat sich vor zwei Tagen als Mitglied des Reichstagsrats an Stelle seines Fraktionskollegen Feder eintragen lassen, nahm an der Sitzung des Reichstagsrats aber nicht teil.

Der Reichstagsrat beschäftigte sich ferner mit dem Erlaß des Abg. Stöhr, die Diätenanträge der Nationalsozialistischen Partei im Plenum in Abwesenheit dieser Partei zu verhandeln und dabei die 107 nationalsozialistischen Stimmen trotz ihrer Abwesenheit als für die Diätenanträge abgegeben anzusehen und mitzurechnen. Der Reichstagsrat schloß sich der Meinung des Reichstagspräsidenten an, daß die Mitzählung abwesender Stimmen nicht möglich sei und daß die Antragsteller selber dafür sorgen müßten, daß ihre Anträge auf die Tagesordnung gesetzt würden. Es wurde darauf hingewiesen, daß die jetzige Regelung der Diäten im Plenum des Reichstags ohne jeden Widerspruch, auch der Nationalsozialisten, beschlossen sei. Es wurde weiter zum Ausdruck gebracht, daß die Nationalsozialisten, als sie ihren Austritt aus den Verhandlungen erklärten, versichert hätten, daß sie kein Geß, das dieser Reichstag annehme, für rechtsverbindlich halten würden, und es wurde schließlich angeordnet, daß die Nationalsozialisten das Verlangen stellten, daß der Reichstag von ihnen beantragte Gesetze annehmen solle, die sie selber nicht als rechtsverbindlich betrachteten.

# Die Zolischlaggermethoden der Nazis

SPD Bad Nym, 23. Februar.

In einer öffentlichen Volksversammlung der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei kam es in der Nacht vom Sonntag zum Montag zu schweren Zusammenstößen zwischen Reichsbanner und Nationalsozialisten. Der Referent der NSDAP, Lauterbach, erging sich in Provokationen gegen führende Sozialdemokraten des Bezirks. Als der Kreisvorsitzende der Partei den Referenten auf-forderte, die Provokationen zu unterlassen, erklärte der Befehl „Schl Saal räumen“. Sofort griffen die Nazis zu den Stühlen, schlugen sie in Stücke und fielen über die Reichsbannerkameraden her. Die Reichsbannerleute verließen daraufhin auf Anordnung der Landjäger den Saal. Von den Nationalsozialisten wurde das gesamte Inventar des Saales durch die Fenster, gegen die draußengehende Menge geworfen, die ihrerseits die Trümmer in den Saal zurückschleuberte. Die gesamte Einrichtung wurde zerstört. Ein Reichsbannermann erlitt am Kopf eine so schwere Stichverletzung, daß er ins Krankenhaus eingeliefert werden mußte, wo er lebensgefährlich verbleibt. Außerdem wurden weitere drei Reichsbannerkameraden erheblich verletzt. Die Nazis mußten acht ihrer Anhänger mit Tragbahnen abtransportieren, da diese von der wütenden Menge fürchterlich zugerichtet worden waren.

# Die gefährdete Staatsautorität

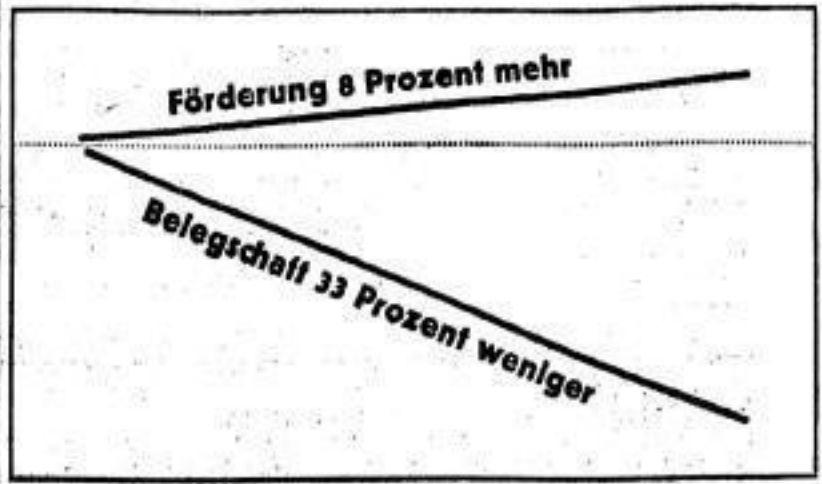
## Der Remarque-Film bleibt verboten

EWB Unter dem Vorsitz des Reichstagspräsidenten Löbe verhandelten Vertreter der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion mit den Fraktionen der bürgerlichen Mittelparteien über die Ermöglichung der Wiederauflassung des Remarque-Films. In dieser Besprechung vertraten die Vertreter des Zentrums die Auffassung, daß aus Gründen der Staatsautorität die Aufhebung des Zensurverbots nicht zu empfehlen sei. Man trat der Aufhebung des Zensurverbots nicht zu. Bei der diesen Film im Interesse der Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung verbieten hätte. Auch die übrigen bürgerlichen Parteien unterstützten diese Auffassung. Die Besprechung hatte Reichstagspräsident Löbe auf Veranlassung der Herstellerfirma des Films einberufen.

# Nationalisierung und Arbeitslosigkeit

## Ein Rechenexempel

Im Steinkohlenbergbau im sogenannten Ruhrgebiet wurden im Jahre 1913 insgesamt 115 Millionen Tonnen Kohle gefördert. Diese Förderung vollbrachte eine Belegschaft von 397 000 Vollarbeitern unter und über Tage in durchschnittlich 306



Schichten pro Kopf. Auf jede Schicht jedes Vollarbeiters entfielen durchschnittlich 943 Kilo Kohlen, rund 19 Zentner.

Inzwischen ist der Bedarf an Steinkohle gestiegen; man kann ihn ungefähr, nach der Förderung des Jahres 1929, auf 125 Mil-

lionen Tonnen ansehen. (Im Jahre 1930 war die Förderung der bekannten Krienerseidnungen wegen geringer.) Dieser Normalbedarf unserer Zeit, wie wir ihn einmal nennen wollen, würde in 306 Schichten pro Vollarbeiter, unter der Voraussetzung, daß die Arbeiter in der heutigen kürzeren Schichtzeit durchschnittlich genau soviel fördern können wie 1913, nämlich 943 Kilo, eine Belegschaft von 428 000 Vollarbeitern erfordern.

Die Leistung pro Arbeiter und Schicht ist aber durch Rationalisierungsmaßnahmen ständig gesteigert worden; sie betrug im Oktober 1930 bereits 1415 Kilo, mehr als 28 Zentner. Infolge dieser gesteigerten Durchschnittsleistung pro Arbeiter und Schicht sind nun nicht 428 000, sondern nur noch 285 000 Vollarbeiter für die Bedarfsdeckung erforderlich.

Die Bilanz der Rationalisierung im Ruhrbergbau für die Bergarbeiter veranschaulicht vorstehendes Diagramm.

Die Differenz beträgt absolut 143 000 Mann, die durch die Rationalisierung, trotz Bedarfssteigerung, überzählig wurden. Gegenwärtig ist dieses große Heer der Ueberzähligen noch vermehrt durch die Zahl derjenigen Ruhrbergleute, die wegen Minderverbrauch und Minderproduktion zeitweilig arbeitslos gemorden sind. Die anderen sind dauernd überzählig. Durch weitere Rationalisierung erhalten sie noch ständig Zugang.

Es gibt sicher markantere Einzelbeispiele von Rationalisierungserfolgen. Aber es gibt kein anderes Beispiel, das sich auf eine so große Arbeiterzahl erstreckt und also von solcher Bedeutung für die Lage des Arbeitsmarktes werden konnte.

# Sariffkündigungen und Schiedsprüche

## Auch die Post kündigt das Lohnabkommen

Wie die Reichsbahn, so hat nun auch die Reichspost den Lohn-tarif zu Ende März gekündigt. Wo alles die Löhne kürzt, wollen natürlich Reichsbahn und Reichspost allein nicht zurückweichen. Sie benutzen die erste sich bietende Gelegenheit, um in die Lohnabbaufront des Unternehmens einzuschwenken. Bei der Reichsbahn ist das besonders bedauerlich, weil dort die Feiertagslöhne ja bereits einen recht empfindlichen Lohnabbau darstellen.

# Schlichtungsterror in der nordbayerischen Textilindustrie

SPD Das Unternehmertum geht jetzt bereits zum Schlichtungsterror über. Wenn ihm ein Schiedspruch nicht paßt, dann macht es bei der Schlichtung einfach nicht mehr mit, und der Schlichter — kriecht zu Kreuz. So wurde für die nordbayerische Textilindustrie Ende Januar ein Spruch gefällt, der einen Lohnabbau um 4 Prozent vorsah. Die Unternehmer machten, da ihnen der Spruch nicht gefiel, seine Verbindlichkeitserklärung dadurch unmöglich, daß sie plötzlich die Schlichterzimmer verlassen. Der Schlichter setzte daraufhin — was in der Geschichte des Schlichtungswesens wohl einzig dastehen dürfte — neue Verhandlungen an, und dieser Tage wurde nun ein neuer Schiedspruch gefällt, der einen Lohnabbau von 4 und 6 Prozent vorsieht.

Eine am Sonntag in Hof stattgefundene Konferenz der nordbayerischen Funktionäre des Deutschen Textilarbeiterverbandes erhob gegen das Verhalten der amtlichen Schlichterkammer scharfsten Protest. Die Konferenz lehnte den Schiedspruch einstimmig ab.

# Wutung, Holzarbeiter!

Die Möbelfabrik Thurner u. Co. sucht in den LHM Holz- arbeiter mit dem Bemerkten: „Nach gescheiterten Verhandlungen mit unserer Belegschaft stellen wir zum sofortigen Eintritt ein: Tüchtige

Lichter usw.“ Wir stellen fest, daß der Firma die Arbeitsaufnahme zu denselben Bedingungen vom Holzarbeiter-Verband angeboten worden ist, wie sie bereits mit einem Dutzend anderer Unternehmer am Orte abgeschlossen wurden. Der in der Firma Thurner u. Co. das Jetter schwingende junge Mann glaubt aber, die Lohn- und Arbeitsbedingungen diktieren zu können, und da mühen naturgemäß die Verhandlungen scheitern. Wir erlauben die arbeitslosen Holzarbeiter und Arbeiterinnen dringend, ihren kämpferischen Kollegen nicht in den Rücken zu fallen und Arbeitsangebote der Firma nach wie vor abzulehnen.

Deutscher Holzarbeiter-Verband Leipzig.

# Generalversammlung der Sinnerer

## Das Ergebnis der Vorstandswahl.

Die Leipziger Sinnerer hielten am Sonntag im Volkshaus ihre Generalversammlung ab. Die vorgenommenen Vorstandswahl hatte folgendes Ergebnis: Insgesamt wurden 730 Stimmzettel abgegeben. Auf die einzelnen Vorstandsmitglieder entfielen Stimmen: Frölich (1. Vorsitzender) 613, Morgenstern (2. Vorsitzender) 598, Ortak (1. Kassierer) 603, Boigt (2. Kassierer) 590, Diehl (1. Schriftführer) 588, Dietrich (2. Schriftführer) 467, Brade (Beisitzer) 510, Kröber (Beisitzer) 472, Reil (Beisitzer) 456, Eidner (Beisitzer) 423, Behold (Revisor) 606, Schulze (Revisor) 606 und Knautz (Revisor) 604. Es haben ferner erhalten: R. Dreßler 269, D. Rauer 198, A. Roland 198 und A. Nisch 136 Stimmen. 97 ungültige Stimmzettel wurden abgegeben. Die RSD erhielt ganze 12 Stimmen. Daß relativ viel ungültige Stimmzettel abgegeben wurden, ist auf den neuen Wahlmodus zurückzuführen. Ein Teil der Versammlungsbesucher hat, an die Pisterwahl der vergangenen Jahre gewöhnt, auf den Stimmzetteln nicht diejenigen Personen markiert, die er wählen wollte. Alle gewählten Vorstandsmitglieder gehören der Amsterdamer Gewerkschaftsrichtung an.

# Zwischenfall im Wassenprozeß

## Eine verkängliche Frage und eine unerwünschte Antwort

# Die Deffentlichkeit wieder ausgeschlossen

Leipzig, 23. Februar.

Heute morgen wurde in der Vernehmung des Untersuchungsrichters Dr. Mühle fortgesetzt, der zunächst Angaben über die Vernehmung des Angeklagten Wagner machte. Danach habe Wagner sich erst zu einem Geständnis entschlossen, als er von Hoffmann und Döring seines ihnen gegebenen Wortes entbunden worden sei. Dr. Mühle habe das Gefühl gehabt, daß Wagner endlich einmal froh gewesen sei, reden zu dürfen. Er habe seine Angaben so gemacht, wie sie protokolliert worden seien. Zergewein Mißverständnisse zwischen ihm und Wagner sei nicht vorgekommen.

Dr. Mühle erklärte, daß er nie die Absicht gehabt habe, mit dem Prozeß ein Verbot der RPD zu erreichen. Er habe nicht einmal an diese Möglichkeit gedacht.

Als er einmal den Angeklagten Peitner darüber gefragt hat, ob er sich denn nicht darüber klar gewesen sei, daß die Waffen bei einem Aufruhr benutzt werden könnten, habe dieser geantwortet, daß man von ihm auch die dazugehörige Munition verlangt habe. Dies Ansuchen habe er aber abgelehnt und darüber sei er froh.

Dr. Mühle machte dann noch weitere Ausführungen über die Vernehmung der einzelnen Angeklagten, die aber alle ohne Bedeutung sind.

Rechtsanwalt Neumann fragte den Zeugen, ob ihm, dem Untersuchungsrichter, bekannt geworden sei, daß Döring in der Untersuchungshaft einen Wachmeister des Anstalts gestellt habe, ihm eine Liste der verhafteten Kommunisten zu besorgen, damit man sich untereinander verständigen könne.

Dr. Mühle antwortete: „Ja wohl, das ist mir dienstlich bekannt geworden.“

Im weiteren Verlauf der einzelnen Fragen an Dr. Mühle fragt Rechtsanwalt Löwenthal plötzlich: „Wußten Sie, um was für ein Waffenlager es sich handelt?“

Dr. Mühle: „Ich habe das Waffenlager als das angesehen, wie es vor dem Kriege als Arsenal bezeichnet wurde. Sämtliche Nummern der Waffen waren dem Wehrkreiskommando bekannt und die Waffen wurden von dort kontrolliert.“

Durch die Beantwortung dieser Frage geriet der Richter ins Aufruhr. Es ging plötzlich ziemlich laut zu und das Ende vom Lied war, daß sich der Senat zurückzog, um zu beraten, ob der jetzt zur Verhandlung kommende Fragenkomplex in der Öffentlichkeit behandelt werden könne.

Nach längerer Beratung wurde verkündet: Der Saal ist zu räumen.

Der Ausschluß der Öffentlichkeit dauerte nur eine halbe Stunde. Bald war man wieder mitten in der Vernehmung des Zeugen Dr. Mühle. Dieser versuchte die einzelnen Fragen der Verteidigung zu beantworten oder zu widerlegen. Als dem Zeugen vom Angeklagten Hoffmann vorgeworfen wird, daß er politisch

gegen die Angeklagten eingestellt sei, erklärte Dr. Mühle: „Ich habe in meinem ganzen Leben noch keiner politischen Partei angehört; und es ist unrichtig, daß ich den Prozeß von vornherein auf ein politisches Geis schieden wolle.“

Weitere schwere Vorwürfe gegen den Untersuchungsrichter kommen auch noch von den Angeklagten Hoffmann, Schönefeldt, Wagner, Lindau und Mettin. Dr. Mühle erklärt immer und immer wieder, daß er korrekt gegen die Angeklagten vorgegangen sei und er könne nicht verstehen, weshalb jetzt plötzlich die vielen Vorwürfe kommen.

# Die Vernehmung der Angeklagten wird fortgesetzt

Leipzig, 24. Februar.

Am 7. Verhandlungstage wurde wieder in der Vernehmung der Angeklagten fortgesetzt und als erster der Angeklagte Walter Wiedemann vernommen. Zunächst erklärte der Angeklagte, daß er von vornherein damit gerednet, daß es sich um ein falsches Waffenlager gehandelt habe, zumal ihm der Verwalter des Waffenlagers, ein Major a. D. Wiede, als Mitglied des Stahlhelms bekannt war.

Drei bis vier Tage vor dem Diebstahl hat er den Aufrag erhalten, eine Unterkunft für die Waffen zu beschaffen. Er habe sich zu diesem Zwecke an den Angeklagten Menge gewandt, von dem er wußte, daß er der Verwalter der kommunistischen Bibliothek im Land-Waisenhaus in Leuhfah war, und mit ihm über die Unterbringung der Waffen in diesem Gebäude verhandelt. Wiedemann habe auch die Zustimmung des Menge erhalten und ihm am Nachmittage des 22. Februar die Ankunft der Waffen für den Abend gemeldet. An dem Diebstahl selbst will er nicht beteiligt gewesen sein, und auch bei der Abholung der Waffen am Land-Waisenhaus will er zu spät gekommen sein. Am Sonntag hat dieser Angeklagte die Waffen geüffnet, um festzustellen, wieviel Rüstung zum Verpacken der Waffen notwendig seien. Am Montag ist Wiedemann nicht zur Arbeit gegangen, sondern hat sich sofort auf das „Büro“ und von dort nach dem Waffenlager begeben, um bei der Verpackung der Waffen zu helfen.

Der Angeklagte Friß Naumann beschwerte sich zunächst über die Methoden des Untersuchungsrichters in scharfen Worten. Erst dann kam er zur Sache selbst. Nach seinen Angaben ist er von einem Unbekannten eingeladen worden, nach der „Platzhofer Spitze“ zu kommen. Dort sei er als „Polen“ eingeteilt worden, ohne daß er wußte, was vor sich gehen sollte.

Die Verhandlung dauert fort.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Emil Rauch in Leipzig. Verantwortlich für den Inhaltsteil: Hugo Schepanski in Leipzig. Druck und Verlag: Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft, Leipzig.

Diese Nummer umfaßt 10 Seiten.







Die Verhaftung des „Chantali“-Dichters

Der Kampf um den Paragraphen 218 - Hat sich Friedrich Wolf strafbar gemacht? - Verfahren gegen Hunderte von Frauen?

SPD Es erscheint fraglich, ob die Stuttgarter Staatsanwälte Auhorst und Hagedorn der Sache der Justiz und des Staates einen guten Dienst erwiesen haben...

Dr. Wolf gibt den Tatbestand als solchen ohne weiteres zu, behauptet aber, sich nicht strafbar gemacht zu haben. Das hieße also, daß er die Schwangerschaftsunterbrechung nur dann beauftragt habe...

Diesem unhaltbaren Standpunkt gilt der Kampf aller Geistesfreien gegen den Paragraphen 218 - ein Kampf, der gleichzeitig ein Feldzug gegen die Heuchelei ist...

Friedrich Wolf, ein begabter und anerkannter Dichter von ehrlichem Willen (in „Cattaro“ schrieb er ein deutsches Revolutionsdrama), hat, wie schon gesagt, in seinem „Chantali-Drama“...

Zurück zu Herrn Auhorst. Er hält, wie man erfährt, den Tatbestand deshalb für besonders belastend, weil nach seiner Meinung Gewerbmäßigkeit vorliegt. Für die Ausstellung der Akte soll Dr. Wolf Honorare bis zu sechs Mark genommen haben...

Gerade diese letzte Frage ist in ähnlich gelagerten Fällen schon so und so oft gestellt worden, und es kommt einem fast banal vor, sie immer wiederholen zu müssen. Sollte indes der bevorstehende Stuttgarter Prozeß in allen seinen Konsequenzen durchgeführt werden...

Adressen der nach ihrer Meinung befassten Frauen ist. Was dieser Gedanke auch peinlich erscheinen - darin, daß es sich hier um die Adressen von Hunderten von Frauen handelt...

Das steht jedenfalls fest: wir werden nicht davon ablassen, die Existenz des Paragraphen 218 im Strafgesetzbuch prinzipiell zu bekämpfen, wie wir auch, solange der Würger noch lebt, nicht ermüden werden...

Besetzung der Opfer des Aachener Grubenunglücks

Die Opfer des Unglücks auf der Grube „Echweiler Reierde“ sind am Sonntag in der früheren Spießhalle des Grubengebäudes aufgebahrt worden. In zwei großen Räumen stehen dort 31 Särge in langen Reihen...

Gegen 11 Uhr wird sich der Trauerzug in Bewegung setzen. Elf Todesopfer werden in Echweiler selbst beerdigt werden, sechs kommen nach Berggrath und acht nach Rothberg.

SPD-Anfrage zum Grubenunglück im Preussischen Landtag

SPD Die sozialdemokratische Fraktion des Preussischen Landtages hat folgende Große Anfrage zum Grubenunglück im Aachener Steinkohlenrevier eingebracht:

Das Aachener Steinkohlenrevier ist wiederum von einem großen Grubenunglück heimgesucht worden. Am Sonnabend, dem 21. Februar 1931, ereignete sich auf der 600-Meter-Sohle der Grube Echweiler Reierde bei Rothberg eine Grubenexplosion...

Wirbelsturm über Sizilien

Große Verheerungen - Bisher 5 Tote

LU Mailand, 23. Februar.

Ein Wirbelsturm, wie er seit Jahrzehnten nicht zu verzeichnen war, ist über Sizilien hinweggegangen und hat schwere Verwüstungen angerichtet. 48 Stunden lang wütete der Orkan, entwurzelte Bäume, beschädigte Telegraphen...

Infolge von Erdstößen mußte der Verkehr auf zwei Eisenbahntrecken eingestellt werden. Mehrere Züge entgleisten, wobei zahlreiche Eisenbahnbeamte verletzt wurden. Von einer Kompanie Soldaten, die in einem der entgleisten Züge fuhr, wurde ein Soldat getötet.

ordentlich bestreuten, daß das Aachener Revier so schnell hinter einander durch solche großen Grubenunglücke heimgesucht wurde. Wir fragen das Staatsministerium: 1. Ist es in der Lage...

Das Ende der Leuna-Affäre

Das Berufungsverfahren im Leuna-Prozeß vor dem Landgericht Halle ist zu Ende. Von den Angeklagten hatten nur Frau Kerschmar und Wabse ihre Berufung aufrechterhalten. Das Urteil erster Instanz lautete gegen Frau Kerschmar auf drei Monate Gefängnis und 3000 Mark Geldstrafe...

Bemerkenswert ist, daß zwischen dem früheren Hauptangeklagten Maternmeister Schönfeld und dem Leunawerter ein Vergleich zustande gekommen ist. Die Berufung gegen das Urteil der ersten Instanz ist von beiden Seiten zurückgezogen worden.

Ein Nasentüber für Dr. Jarres

Das Duisburger Stadtparlament gegen seine Lohnabbaunaktion.

Am Schluß der am Montag in Duisburg abgehaltenen Stadtparlamentensitzung, auf deren Tagesordnung als einziger Punkt die Stilllegung der Hütte Ruhrort-Weiderich stand, wurde nach ziemlich lebhafter Debatte ein Antrag der sozialdemokratischen Fraktion...

Gegen die Nebenbeschäftigung der Beamten

Mahnahmen des Berliner Magistrats

SPD Berlin, 21. Februar.

Der Berliner Magistrat hat zur Unterfütigung der Maßnahmen gegen die Arbeitsnot strikte Durchführung der Vorschriften über die Nebenbeschäftigung der Beamten gefordert. Keinen Beamten ist es gestattet, ohne Genehmigung behaftete Nebenbeschäftigung, auch nicht solche gelegentlicher Art, anzunehmen.

Ist ein erst neu errichteter Damm ins Meer gerutscht, die Flut drang in die Fischerwohnungen ein. Die Fischer konnten nur mit Mühe das Leben retten.

Orkan an der südfranzösischen Küste

LU Paris, 23. Februar.

An der südfranzösischen Küste wütete seit 24 Stunden ein Orkan, der in der Schiffsahrt zu ungewöhnlichen Verzögerungen Anlaß gegeben hat. Die meisten Dampfer, die am Sonntag erwartet wurden, sind entweder nicht eingetroffen, oder sie mußten auf der Höhe von Marseille Anker werfen...

Seit ich die KOSMOS-KAIRO kenne, will ich garnichts anderes mehr rauchen...

Sie ist wirklich eine köstliche Zigarette, die durch ihren feinen Duft und ihren würzig-süßen Geschmack anregend und belebend wirkt, - und selbst einen so starken Raucher, wie mich, nie ermüdet.

Je häufiger man sie raucht, desto besser schmeckt sie!



KOSMOS - MARKE - KAIRO



# Kapitalistisches Mittelalter

## Das wirtschaftliche Zuchthausystem der Nazis

### 1. Verlogenheit oder Unwissen?

Nach langem Brüten haben die Nazis die Welt mit einem neuen „Wert“ beschenkt. Das „Wert“ besteht aus 48 Druckseiten und heißt „Neues Wirtschaftsdenken“. Drei Flügel sind diesem „Denken“ weisenseitig — Unwissenheit und Verlogenheit, das Streben zur Vernichtung der Arbeiterklasse und die Schulung nach einem neuen Mittelalter, nach einem brutalen Zwangssystem der Gebundenheit, der Unterjochung und der Militärrückbildung.

Zunächst einige Verlogenheit, was die Unwissenheit und die Verlogenheit betrifft. Unsere Rohstoffbasis ist dahin, wir leben von Nahrungsmitteln, haben keine Luft zum Atmen“ (5). Nun weiß aber jeder Mensch, daß wir an einer Ueberproduktion an Rohstoffe leiden, daß die Eisenwerke stillgelegt werden müssen, weil kein Absatz vorhanden ist und daß man zu viel Roggen und zu viel Schweine, gemessen an der Abnahmefähigkeit, produziert. Die Führer und die Geldgeber der Nazis, die Kohlenbarone und die Großgrundbesitzer hatten aber die Rohstoffe und die Nahrungsmittel in ihren Händen. Trotz der Ueberproduktion sind sie keineswegs geneigt, die Produkte zu billigen Preisen an die Arbeiterklasse abzugeben. Und „Luft zum Atmen“ haben die Nazis und ihre Agrar- und Industriebarone eher zu viel als zu wenig. „Wirtschaftsdemokratie besteht aus Kapitalismus und Marxismus“ (5), „der Kollektivismus hat einen individualistischen Charakter“ (22), „die Banken veranstalten Streitereien zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten“ (17), „die nationalsozialistische und kommunistische Presse zeigen den Arbeiterverrat der Nazis an“ (15), „an den Theoretikern, von Smith bis Rathenau, zeigt sich, daß die Einstellung zur Wirtschaft ruffisch bedingt ist“ (11).

Der Haß der gesamten kapitalistischen Maschinerie, vor allem auch der der Nazis, richtet sich deshalb gegen Marxismus und Wirtschaftsdemokratie, weil diese den Kapitalismus bekämpfen.

Was ist denn der Kollektivismus anderes als der Gegenpol des Individualismus? Was die Banken veranstalten, haben wohl die Nazis von ihrem Gönner aus der D.D.-Bank, Baron v. Stauck, erfahren? Die Kommunisten wollen ihren eigenen Arbeiterverrat aufzeigen, und der „chigermanische“ Pfarrer Adam Smith ist plötzlich ein Jude geworden.

### 2. Vernichtung der Arbeiterklasse

Das alte Gesicht des deutschen Faschismus entpuppt sich aber in seiner Hauptforderung, Vernichtung der Arbeiterklasse: „Abbau der Weltstädte durch Verbot der Neugründung von Industrien und Großgeschäften“ (2). Es dürfen keine Städte sein, deren Bevölkerung größer ist als 100.000. In den Großstädten „vegetiert ein wucherndes Apathienmenschen mit künstlich gewedeter Bedarfserzeugung, Subkultur und Unterweltveräuflichung“ (5). Noch nie sind solche Worte der Wut und des Hasses gegen die Arbeiter geschrieben worden. Der Hunger des Arbeiters wird genannt „künstlich gewedete Bedarfserzeugung“. Was soll man mit den Millionen Proleten Berlin, Hamburg, Leipzig, Bochums usw. machen? „Ausmerzung der Kranken Stoffe, Sterkisierung rückfälliger Verbrecher, Gestanktrinker, Alkoholiker usw.“ (2) — so lautet das Programm. Verbrecher und Alkoholiker — das sind die Proleten der Großstädte. Aus diesem Grundgefühl heraus wird der Haß gegen die Arbeiterorganisationen und gegen den Klassenkampf gepfeift. (21). Aus diesem Grundgefühl heraus erklärt sich auch die Wut gegen die Genossenschaften.

Aber nicht nur gegen die Arbeiter, sondern auch gegen die Kleinbauern richtet sich der Haß der Nazis

Deshalb muß unter allen Umständen der „adlige“ Großgrundbesitz zwangsweise erhalten bleiben.

Der Grund und Boden darf weder verkauft (25) noch geteilt werden (26). Das nennen die Nazis „Bindung des Privateigentums“. „Der Grad der Freiheit des Privateigentümers bei beweglichen Sachen und Grund und Boden muß vermindert sein“. „Deshalb darf der deutsche Boden an private Geldgeber nicht verpfändet werden, und bei der Veräußerung muß sich die Allgemeinheit das Recht der Genehmigung vorbehalten. Weiter liegt es im Interesse der Erhaltung der Geschlechterfolge auf der angestammten Scholle, daß nicht durch fortwährende Teilung der Betriebe unter die Erben, die Wirtschaftseinheit klein wird“ (25, 26).

### 3. Zurück ins Mittelalter

Die Großindustrie und die Großgeschäfte sind die Stätten des Industrie- und Kapitalismus. Deshalb — zurück ins Mittelalter, zurück zum finsternen Feudalismus, zurück zur Wiederbelebung der alten Lebensrechtsauffassung, die für das mittelalterliche Wirt-

schaftsleben, für das frühere Besitz- und Arbeitsrecht maßgebend war.“ (10).

Die Bindungen der feudalen Wirtschaftsverfassung — das ist das Ziel.

Der Sozialismus und der Marxismus werden deshalb so gehaßt, weil sie als Produkte der Auflockerung der feudalen Bindungen angesehen werden. (38).

Eine gebundene Zwangsarbeiterordnung soll die Standesauffassung verkörpern. Der Arbeiter, der Handwerker und der Bauer sollen in eine Zwangsorganisation gepreßt werden. Als Entlohnung dürfen sie nur das erhalten, was der Herr nach einem Index ihrer „Leistungsleistung“ bestimmt. (378). Auf dem Lande soll die „Geschlechterfolge auf der angestammten Scholle“ dadurch erhalten bleiben, daß der Großgrundbesitz als alleinige Wirtschaftsform proklamiert wird.

### 4. Gewalt und Herrschaft

„Unterordnung der Gesamtheit unter die individuelle Führerpersönlichkeit“ (1), darin besteht das Naziziel. Herrschaft von oben, Unterdrückung, Bindung aller Kräfte — so lautet ihre Wirtschaftsphilosophie. Die Aenderung der Wirtschaft — ist die Aenderung ihrer Träger (2). Der Herrschaftsapparat muß nach dem Prinzip der aristokratischen Ansehung funktionieren. Wirtschaft und Staat sind untrennbar und deshalb muß auch die wirtschaftliche und politische Herrschaft in einer Hand vereinigt werden (3). Jede Spur der Gleichheit muß ausgerottet werden. (4). In ihre Stelle müssen die Unterordnung, die innere Bindung und der äußere Zwang treten. „Wirtschaft als solche ohne politische Bindungen gibt es nicht, wirtschaftliche Wechselwirkung kommen vornehmlich unter politischen Machtbedingungen zustande“. „Es gibt keine Wirtschaft außerhalb des Staates (18, 23). Die Wirtschaft ist eine politische Machtfrage.

Es gibt kaum eine andere Ideologie, die den Drang nach nackter und brutaler Gewalt, nach Unterordnung unter Unterdrückung, so fest und eindeutig zum Ausdruck bringt.

### 5. Zinsnechtigkeit

Das große Bauernopfer der Nazis ist die „Brechung der Zinsnechtigkeit“. Die wahre Zinsnechtigkeit hat der Marxismus entlarvt, indem er den Besitz an den Produktionsmitteln, als die Ursache der Ausbeutung der nichtbesitzenden Arbeiter, als die Ursache der Mehrwertbildung, d. h. Zinsbildung festlegte. Die Nazis wollen aber den Privatbesitz an Produktionsmitteln nicht nur anerkennen, sie wollen ihn stärken. Ein Zwangssystem der Bindung, der Herrschaft und der Unterordnung soll das Ausbeuter-System, das Zinsnechtigkeitssystem stabilisieren, verewigen, es vor jeder Erschütterung, vor jeder Weiterentwicklung schützen. G. Feder schreibt:

1. Der Zinsgenuss des Rentners und des Kapitalbesizers sei keine Zinsnechtigkeit (28).
2. Die Pensionen der Beamten und der Generäle seien keine Zinsnechtigkeit (29).
3. Der Profit des kapitalistischen Unternehmers sei keine Zinsnechtigkeit (29, 30).

Nur die Banken- und Börsenansichten seien Zinsnechtigkeit. Die Bank- und Börsenmittel bestehen aber ausschließlich aus Geldern der Kapitalbesitzer, d. h. der Rentner und der kapitalistischen Unternehmer. Die Bankbesitzer sind zugleich Industriebesitzer und umgekehrt.

Die Nazis sind die härtesten Beschützer der Zinsnechtigkeit, weil sie die Kapitalbesitzer schützen und ihre Macht durch einen Zwangsherrschaftsapparat verewigen wollen.

Das einzige Land, das die Schutzbestimmungen gegen Zins- und Mietwucher aufgehoben hat, ist das Faschistenland. Das Faschistenland hat die ungerechteste Form der Zinsnechtigkeit — die Erbschaft — freigegeben und die Erbschaftsteuer aufgehoben.

### 6. Weltwirtschaft und Finanzpolitik

Die weltwirtschaftlichen Beziehungen müssen aufhören. Außenhandel darf nur mit rassen- und blutsnahen Nationen, die durch ein politisches Bedürfnis an Deutschland angeliebert sind, getrieben werden (9). Der Wirtschaft wird das Geheiß ihres Handels durch die staatliche Politik vorgegeben (20). Nun sind aber die rassenahen Nationen unsere Kriegsfeinde (Gott strafe England), während Deutschlands Verbündete rassen- und blutsfremd sind. (Türkei, Bulgarien, Ungarn). Die österreichischen Nazis wollen vom „Anschluß“ nichts wissen und nur die Marxisten vertreten die großdeutsche Republik. Während des Krieges hatten wir eine Bündniswirtschaft. Die Folge war: Verelendung, Verarmung, Wirtschaftskatastrophe und militärische Niederlage. Wer die Darstellungen über den wirtschaftlichen Zusammenbruch Österreich-Ungarns (A. B. Graf-Schüller) gelesen hat, der kann sich die Folgen

einer Bündniswirtschaft sehr deutlich vorstellen. Was werden die Arbeiter tun, wenn die deutsche Industrie weder Rohstoffe im Ausland beziehen, noch die Produkte dort verkaufen darf? Im übrigen wollen die Nazis ihr Wirtschaftsgebiet durch militärische Gewalt „arrondieren, um sich dann von der ganzen Welt abzuschließen“. „Der Schwerpunkt des Wirtschaftslebens fällt immer mehr in Raumbereiche, die wirtschaftliche Orientierung schafft sich arrondierende Weltwirtschaftsräume. An Stelle wirtschaftlicher Spannung tritt die politische. Raumbereichsgrenzen fallen mit politischen Einflugsgebieten und Machtzonen zusammen“ (18).

Das finanzpolitische „Denken“ wird in zwei Formulierungen zum Ausdruck gebracht:

1. Man kann die öffentlichen Kassen durch Einsparung der Einkommen der Gewerkschaftssekretäre und der Genossenschaftssekretäre füllen (37).
2. Man kann den öffentlichen Finanzbedarf durch Notgeldproduktion, d. h. durch Inflation decken (32).

Die Gewerkschaftssekretäre bekommen aber keinen Pfennig vom Staat und außerdem wird ihr Gesamtinkommen nicht genügen, um ein Zehntel des Einkommens der Nazigrößenfunktionäre zu kompensieren.

Die Vermögen der nazifreundlichen Schwerindustriellen haben mit der Inflation „gute Erfahrungen“ gemacht (Stinnes, Hugenberg). Sie wollen eine Wiederholung. Aber das Volk?

Auch hier kommt derselbe Wunsch zum Ausdruck — Konzentrierung der gesamten Gewalt, auch der finanziellen in einer Herrschaftsspitze.

### 7. Das verewigte Zuchthaus

Wie das Mittelalter ein System der Zwangsorganisation und Zwangsstabilisierung des Feudalismus gewesen ist, so will das Nazimittelalter ein System der

#### Zwangsstabilisierung des Hochkapitalismus

(und der Reste des Feudalismus) sein. Die Entwicklung muß aufgehört. Man muß zurückgehen. Alles muß in einer Herrschaftsspitze unterstellt, in eine Zwangsjade gesteckt, alles muß gebunden und unterordnet werden. Jede Entwicklungs- oder Freiheitsmöglichkeit, jede unabhängige Kraft ist eine Gefahr für die Herrschaftsstabilisierung und soll vernichtet werden. Deshalb sollen die Freizügigkeit aufgehoben, die Großstädte abgebaut, die Arbeiterklasse und die Kleinbauern in eine Zwangsorganisation eingesperrt werden. Womöglich soll die Zahl der Arbeiter verkleinert und auf kleinere Industrieeinheiten verteilt werden, damit aus der Zusammenballung keine gefährliche Kraft entsteht. Deshalb darf auch keine außerhalb der Herrschaftsspitze stehende Geldmacht gebildet werden. Es handelt sich nicht um einen Kampf gegen die Bankenmacht, sondern um die Vereinnahmung der politischen Herrschaftsspitze mit der Bank- und Geldmacht. Deshalb auch — das Inflationsrecht. Jede unabhängige Kraft birgt eine Gefahr. Auch die Weltwirtschaft ist eine unabhängige Kraft. Deshalb muß sie „aufgehoben werden“ und durch „politische Einflugsgebiete und Machtzonen“ ersetzt werden.

Das Naziziel ist ein Ideal des „hochkapitalistischen Mittelalters“, der Stabilisierung und Verewigung der kapitalistischen Herrschaft mittels einer allumfassenden Zuchthausorganisation für das Volk.

G. Sudand.

### Kundfunk-Programm Leipzig-Dresden

Mittwoch, 25. Februar

- 10.00 Uhr: Wirtschaftsnachrichten usw.
- 10.50 Uhr: Dienst der Hausfrau.
- 11.00 Uhr: Wetternachrichten.
- 11.45 Uhr: Weiserdienst usw.
- 12.00 Uhr: Tände der Nationen.
- 13.00 Uhr: Wettervorausage usw.
- Anschließend: Solifantkonzert, Schallplatten.
- 14.00 Uhr: Musik und Tanz im Film 1930, Fritz Seymann, Berlin.
- 14.30 Uhr: Jugendsport, Walter Jäger, Dresden.
- 15.40 Uhr: Wirtschaftsnachrichten.
- 16.00 Uhr: Pädagogischer Funf, Maria Montessori und ihr Werk, Willgerott, Dresden.
- 16.30 Uhr: Volksmusik.
- 17.30 Uhr: Wettervorausage, Arbeitsmarktbörse.
- 17.50 Uhr: Wirtschaftsnachrichten.
- 18.00 Uhr: Wir stellen vor: Der Mensch mit dem Speien, Eduard Zilk.
- 18.30 Uhr: Sprachenfunk, Italienisch.
- 18.50 Uhr: Wir geben Auskunft.
- 19.00 Uhr: Wie schafft sich das deutsche Volk Arbeit, Otto Schumann, Leipzig.
- 19.30 Uhr: Leihar-Stunde.
- 21.00 Uhr: Vom Tage.
- 21.10 Uhr: Gefängnismonate, Hörspiel.
- 22.10 Uhr: Nachrichtendienst.
- Anschließend: Unterhaltungskonzert.
- 24.00 Uhr: Unterhaltungsmusik, Schallplatten.
- 0.30 bis 1.30 Uhr: Nachtkonzert, Gewandhausbläservereinigung zu Leipzig.

## Aufbruch in Kraneberg

Roman einer Zuchthausrevolte von Werner Scheff  
Copyright by Wilhelm Goldmann Verlag, G. m. b. H., Leipzig

12] So bot sich das moderne Zuchthaus den Blicken der Ankommen-

den dar. An einer der Rampen, die sich an dem vielfach gegliederten Hauptgebäude hinzog, machte der Wagen halt. Schlüssel klirrten in den Schlössern der Abteile. „Aussteigen!“ Es wurden keine Handhaken angelegt, hier schien man der Leute sicher zu sein. Zwei Aufseher leiteten neun Sträflinge in das Innere des Hauses. Keine Felle und Beton ringsum. Eine weitgestreckte Halle, in der Säulen und Rippen veritast waren. Stille Männer in Braun waren auch hier tätig. Man hörte fast keinen Ton. Nur das Klirren der kleinen Eisenräder, auf denen die Schubkarren liefen. Rechts stand eine Tür weit offen, da ging es in den Heizraum. Volle staunte. Er hatte solche Anlagen noch nie erblickt, sie übertrafen seine Vorstellungen. Die Kessel sahen wie Röhren von zwei bis drei Meter Durchmesser aus; sie ruhten auf Fundamenten, neben denen die Heizer wie Zwerges wickten.

Es blieb ihm nicht viel Zeit, dies alles zu bewundern. Als die Neueingelieferten gesammelt waren, setzten sie sich in Marsch. Ein Korridor nahm sie auf, der sein Ende zu haben schien. Aber ihn hinweg führten Brücken, schlanke Stege aus Beton. Darauf wurde hin und wieder ein Aufseher sichtbar, dessen Aufgabe Balke nicht begriff. Einmal beobachtete er, wie der Mann über seinem Haupt ein paar Schritte zur Seite trat und an eine Deckung trat, durch die er in einen Nebenraum blickte. Später wachte er es; auf diese Weise wurden die Arbeitsfälle kontrolliert. Die Arbeiter in Braun sahen nicht, wo ihre Wächter sich aufhielten, aber sie wußten, daß sie stets neben ihnen, über ihnen Posten waren, die einen besseren Ueberblick als früher hatten, wo man sie in den veralteten Anstalten mitten unter die Strafgefangenen in die Arbeitsräume gestellt hatte.

Dies war das Prinzip des modernen Zuchthaus: überwachen, ohne zu demütigen. Kein bewaffneter Wächter neben der Maschine, der Drehbank, dem Arbeitstisch. Nur der Meister kam in unmittelbare Berührung mit den Gefangenen. Aber auch er durfte sich freier bewegen als früher, da er genauer noch als seine Untergebenen den Standplatz der Aufseher konnte.

Räder sangen, Maschinen klampften, die Mauer, der Boden bebten unter den Füßen der Keulung. Transmissionsen jagten sich quer über den Korridor. Rechts öffneten sich Gänge, erlaubten einen kurzen Blick zu den Zellen hin, die in vier offenen Etagen

übereinander lagen, wie die Waben eines Bienenstocks. Ihre Türen standen weit offen. Die Luft war angenehm frisch, sie unterschied sich wesentlich von der muffigen, stickenden Atmosphäre der alten Strafanstalt, weil sie von außen in die Räume gezogen, gewärmt, in die Korridore gestossen und von dort in die Zellen gedrückt wurde. Nun strömte die Zellenluft nicht mehr in die Gänge hinaus und verpestete sie, sondern wich durch die Fenster der Schlafräume ins Freie.

Endlich bog der Aufseher an der Spitze des kleinen Zugs nach rechts ab. Wieder ein Gang, dessen Ende unabsehbar war. Aber man erreichte bald ein paar Stufen, die seitwärts ein geringes Stück nach unten führten, um in einem hellen, weiten Treppenhaus zu enden. Eine Tür öffnete sich, die neun Sträflinge beiraten die Aufnahmeräume.

Namen wurden gerufen, Gittertüren aufgerissen. Jeder erhielt ein enges Verließ, etwa so groß wie das Abteil im Transportwagen, die sogenannte Zugangszelle. Man ließ sie austreten, dann trugen zwei Sträflinge der dritten Stufe das Essen herbei. Sie gingen dieser Beschäftigung ebenso schweigend nach wie alle anderen Leute, die hier tätig waren. Ihre Blicke schienen den Boden zu suchen, während sie die Schüsseln mit Salzartoffeln, Bratwurst und saurer Gurke in die Zellen reichten. Ein Aufseher, groß, hager und bedrohlich finster, sah ihnen zu. Sie standen im letzten Teil ihrer Strafe und genossen große Vergünstigungen, um derentwillen es sich in diesem engen, geschlossenen Raum, den Mund zu halten und sich vor jeder Unübersichtlichkeit zu hüten.

Den einen kannte Simon. Bisher hatte er noch kein Gesicht gesehen, das ihm schon einmal begegnet war, aber der untere Teil des Gesichts war, die selbst zwischen diesen Mauern ein heiteres Rot zeigte, gehörte zur Zukunft.

„Ja, Wilhelm?“, fragte er leise, als der Kerl ihm den Napf hinhielt.

„Kann merklich hob der Hungerredete den Kopf. Er war nicht erkrankt, wachte also schon, daß Balke eingetroffen war. Aber er hütelte sich, dem Aufseher seine Kenntnis zu verraten.“

„Ja, wenig Wurst... ja, ja, ist wirklich nur ein Happen. Warte, ich bring dir noch was.“

„Eine recht unbefriedigende Antwort. Aber gleich darauf kam der Kalfaktor mit einer Vorlesung zurück, die bewies, wie gewaltig seine Achtung vor Balke war. Also wirklich... der dicke Wilhelm! Der Großtuer, Schmeiser und Falchspieler! Was mochte der wieder ausgefallen haben? Zum erstenmal war er bestimmt nicht hier. Auch nicht zum letztenmal.“

Ein Name wurde aufgerufen. Wilhelm und sein Kamerad besamen zu tun. Der erste von den sieben Eingetroffenen wurde aufgenommen. Zuerst trat er einem Beamten Rede und Ant-

wort, soweit sich seine Personalien nicht aus den Papieren ergaben, die mit ihm angekommen waren. Dann ging er in einen Raum, in dem er sich ausklebete, um im dritten Raum zu baden. Man hörte Pusten und Laachen. Einer der Aufseher trat an die Tür und beobachtete den Darm.

Brüno Balke würgte sein Essen herunter. Es war nicht so gut wie in Roabit, aber es ging. Er war auf alles vorbereitet. Nichts konnte ihn aus der Fassung bringen, am wenigsten ein paar harte Kartoffeln.

Man öffnete seine Tür, er trat vor den Tisch, an dem der Sekretär saß und schrieb. Der Mann schien es zu vermeiden, ihn anzusehen. Nur einmal unterdrück er seine Arbeit und fragte: „Ert zweiunddreißig?“ Und als Balke bejahte, schüttelte er den Kopf. Warum, das entzog sich Simons Beurteilung.

Wie hätte er auch ahnen können, daß sein Erscheinen in diesem Hause eine Welle von Unruhe aufgeworfen hatte, die als ernstes Sturmzeichen von der Leitung der Strafanstalt nicht unterschätzt wurde. Kröd hatte recht, es gab unter den Häftlingen solche, die gern zu den Aufsehern kamen und ihnen Winke gaben, verrietten, was in den Gemeinschaftszellen gesprochen wurde oder in Kaffeebar, Klopfscheiben und leinem Flüstern bei der Arbeit von Mann zu Mann ging. Die Verwaltung war gezwungen, auf solch krummen Wegen manches zu erfahren, was unter der Decke anscheinender Ruhe vorging.

Diese Ruhe war nur anscheinend, das war den Beamten bis hinauf zum Direktor bekannt. Trotz aller Verbordnungen, die stets neue Erleichterungen für die Gefangenen brachten, brodelte es in dem gewaltigen Menschenreservoir, in das die Großstadt ihr überflüssigstes, verdorbenes Material spie. Flugzeitel gingen von Hand zu Hand, geheimnisvoll und ungeründbar zwischen die roten Mauer geschmuggelt. Ihr seid entrecht, rief man den Männern zu, vor denen sich die Zukunft wie ein Abgrund aufst, die bürgerliche Gesellschaft ist schuld an eurem Unglück, und nun sperrt sie euch wie Raubtiere in einen Käfig und zwingt euch zu einer Arbeit, deren Früchte ihr niemals erntet!

Es brodelte stets in dem Kessel, in den die Gerichtsmaschine ständig neue Massen wirft, wahllos fast, nicht zueinander passend: den Berufsverbrecher zu dem Psychopathen, den abgehärteten Runden, der von Betrug und Falchspiel lebt, zu dem Unglücklichen, den eine unüberlegte Tat, Leidenschaft oder ein Irrsinn grenzende Erregung aus den Reihen seiner Mitmenschen geschleudert hat. Noch ist die Arbeit humaner Gesetzgeber nicht so weit gediehen, daß bis in die feinsten Einzelheiten Wahnwitz und Verbrechen voneinander geschieden werden, noch gibt es Hunderte von Grenzfällen, die zur großen Masse der Gefangnisse und Zuchthäuser gezählt werden.

(Fortsetzung folgt.)



Wunsch, das Meer zu sehen

Ich sah das Meer noch nie — obwohl der Erde Oberfläche zum größten Teil, sagt man, vom Meer bedeckt soll sein.

Ich zähle manchmal meine Ausgehgrößen: So zwei Mark — drei Mark, und was Kupfer — na, das reicht nicht weit, und außerdem — wenn's Geld schon stimmen würde, dann stimmte es noch lang' nicht mit der Zeit!

Kein Geld und keine Zeit, das Meer zu sehen... So kiest man höchstens drüber, sieht's in Filmen, denkt sich was dabei — (vielleicht Grundstücken!) — doch man träumt und träumt halt wenn die Sehnsucht überkämt.

Mirag-Wochenschau

Wo steht die Wissenschaft? ist eine Vortragsfolge der Mirag, in der repräsentative Persönlichkeiten der wichtigsten Wissenschaften über die geistige Situation ihres besonderen Forschungsgebietes berichten.

Bei ihrem „Blut in Zeitstrahlen“ muß Herta Schmidt etwas kurzweilig gewesen sein. Denn ihre Ausführungen über Frauenzeitschriften waren in ihrem einleitenden Teil ganz oberflächlich-unverbindlich, in ihrem Bericht über die einzelnen Zeitstrahlen kaum ausführlich und vor allem kaum vollständig genug.

Hast du schon einmal den englischen Sprachfunk abgehört? Du interessierst dich für diese Sprache nicht oder du beherrschst sie bereits so gut, daß du den Rundfunkunterricht nicht mehr nötig hast?

Kurt Arnold Fündelfen unterhielt sich lebendig und munter mit einem jugendlichen über dessen Bulgarienfahrt. Dem Gespräch war aber deutlich anzumerken, wie sehr sich die Beobachtungen des Ballonfahrers auf Oberflächlichkeiten beschränkten.

Bei den Ausflügen, die ich mit meinem Rundfunkapparat in fremde Wellen mache, bieten sich sehr häufig Vergleichsmöglichkeiten mit dem Miragprogramm. Mal hat man zu einem gewissen Lokalpatriotismus Veranlassung, mal wünschte man, daß die Mirag mehr von anderen Sendern übernehmen würde.

Kleine Chronik

Die „Melba“ gestorben. Die berühmte australische Sängerin Nellie Melba (eigentlich Nellie Helen Mitchell) ist im Alter von 70 Jahren gestorben.

Das Mikrophon als Stimmdetektor. Die Eigenschaft des Mikrophons, fällige Töne zu enthüllen und Grobheiten in der Stimme zu verstärken, hat jetzt dazu geführt, grundlegende Untersuchungen über die charakterologischen Stimmmuster zu machen.

Stilvoller Schaffer in den Drei Linden. In der ganzen Welt ist er bekannt als der Mann, der alles kann. Jauerkünstler und Jongleur, Geiger, Schnellmaler, Kunstschütze und Reiter der hohen Schule.

In Graz wurde vor ungefähr 4 1/2 Jahren ein Arbeiter entlassen. Bis dahin hatte er täglich seine acht Stunden gewerkt und sich mit seiner Hände Arbeit seinen Lohn verdient. Diese Hände, große, harte Arbeiterhände, waren die Zeugen seines Fleißes.

Daß man im letzten März die „Affäre Dreyfus“ wirklich spielt wird, die man jetzt vorbereitet, so wird das im neuen Jahre die erste einigermaßen zeitnahe und belangvolle Unternehmung des Alten Theaters sein.

Wenn man im letzten März die „Affäre Dreyfus“ wirklich spielt wird, die man jetzt vorbereitet, so wird das im neuen Jahre die erste einigermaßen zeitnahe und belangvolle Unternehmung des Alten Theaters sein.

Die schöne Agnes

Reaktionäres Trauerspiel im Alten Theater

Wenn man im letzten März die „Affäre Dreyfus“ wirklich spielt wird, die man jetzt vorbereitet, so wird das im neuen Jahre die erste einigermaßen zeitnahe und belangvolle Unternehmung des Alten Theaters sein.

Hände der Arbeit

Leopold Rittner:

In einer Kleinstadt im Industriegebiet ereignete sich folgendes: Da war eine Fabrik, die beschäftigte ungefähr zweihundert Leute. Die Fabrik blühte und drang langsam in die Geschäfte ihrer großen Konkurrenten.

Die Arbeiter der Fabrik waren fast durchweg ältere Leute, die ihre besten Jahre in der Fabrik verbracht hatten und nun auf die Straße gestoßen werden sollten. Schwerer Druck lastete auf allen, die Arbeit ging langsam und traurig.

Der Mann sprang auf, brüllend vor Schmerz. Das verstümmelte Glied hing noch lose an der Hand, das Blut spritzte in die Werkstatt. Dann fiel er zusammen, wurde bewußtlos auf die Unfallstation gebracht, wo der Daumen bis zur Wurzel amputiert wurde.

„Die Versicherung und die Krankenkasse?“ fragte der Mann, als er wieder zum Bewußtsein kam, und dachte an seine Frau, die gebären sollte.

Die schöne Agnes

Reaktionäres Trauerspiel im Alten Theater

im frommen Aufblick zu Gott, veranlaßte Abmurrung seiner schönen Schwiegermutter leuchtet nicht einmal normalen bürgerlichen Gemütern von heute mehr ein.

Seine dichterische Eingebung zu diesem Drama steckte ganz woanders. Am 30. September 1851 notierte er in sein berühmtes Tagebuch, es sei schon längst seine Idee gewesen, die Schönheit von ihrer Tragik, den Untergang durch sich selbst bedingenden Seite her darzustellen.

Freilich ist es auch bei dieser Liebesgeschichte notwendig und interessant, uns daran zu erinnern, daß der Junfer Heinrich von Kleist bei seinem „Kathchen von Heilbrunn“ im Grunde weitherziger war, als der verbürgerlichte Proletarier Heibel hier.

Dieser Schluß hat leider Deifos Siera als Spielwart durch einen dramaturgischen Mißgriff noch sehr vergrößert. Er scheute sich begrifflicher Weise vor der üblichen Schlagschloßholzerlei auf der Bühne.

Dieser Fehler war um so bedauerlicher, weil Regie, Bild und Darstellung sonst allerhand Lob verdienten. Sattler verkörperte einen so biederen, kernigen Gefinnungsmörder mit Meister Antons Dickschädel, daß man sich noch einmal wunderte, wie es möglich war, diesen Schauspieler als Peer Gynt zu mißbrauchen.

Unter dem zahlreichen Historienpersonal ist einmal ihr Vater, Schlageters alter Bernauer, um seiner noblen Menschlichkeit willen zu erwähnen, daneben auch ihr Brautvater, der Badegeselle Theobald, den Martin Flörchingen in schlichter und jenseitlicher Gefühlsbejahung zeigte.

das in Stes- und Wirbelwindtänzen Brillantes leistet. Stürmische Heiterkeit erregen Maurice und May, komische Radfahrer auf ungläublich komischen Rädern.

Der 3. Volkstümliche Kammermusikabend findet am Dienstag, dem 24. März, 20 Uhr, wieder im Kaufhausgale statt und wird vom Schachtheater-Streichquartett ausgeführt.

Ein Rekord in Kurz-Dramatik

Der französische Dramatiker Tizian Bernard hat einen neuen Typ von Dramen geschaffen, die er Expreß-Dramen nennt. Die „Comedia“ veröffentlicht eins dieser Expreß-Dramen, in dem zwei Personen agieren und das nur aus einem Dialog und einer Frage besteht.



# SACHSEN

## „Gotteslästerung“ - Ein Tendenzurteil

SPD Zwickau, 23. Februar

Ein Tendenzurteil hat das Schöffengericht in Zwickau gegen den Redakteur des „Sächsischen Volksblattes“, Walter Victor, gefällt. Nachdem Victor in der ersten Instanz von der Untlage der Gotteslästerung freigesprochen worden war und das Reichsgericht die Sache zur nochmaligen Beratung an das Zwickauer Gericht zurückverwiesen hatte, ging das Gericht über den Antrag des Staatsanwalts, der zwei Monate Gefängnis oder eine Geldstrafe beantragt hatte, hinaus und verurteilte Victor zu vier Monaten Gefängnis.

Der Untlage liegt der Tatbestand zugrunde, daß im Witzblattteil des „Sächsischen Volksblattes“ eine Satire von Paul Körner veröffentlicht war, die davon handelt, daß ein sterbender langjähriger Zuchthäuser Anstaltsarzt und Gefängnisgeistlicher neben sich Platz nehmen läßt und zu ihnen sagt: „Unter Jesus starb ja auch zwischen zwei Haken.“ Während die Vertretung des sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten Dr. Koenigfeld darauf verwies, daß es sich um eine Satire gegen den Strafvolksgang handle, erklärte das Gericht eine Gotteslästerung in der Tatfrage, daß der Zuchthäuser mit Jesus Christus verglichen worden sei. Die Urteilsbegründung nannte die Veröffentlichung der Satire eine „abgeleitete Tat zur Verhöhnung unseres Volkstums“ und kennzeichnete damit selbst den Klassencharakter des Urteils, gegen den Berufung eingelegt ist.

## Demonstrationsverbot für Dresden

Das Dresdner Polizeipräsidium hat für die Zeit vom 24. Februar bis einschließlich 3. März 1931 alle Versammlungen unter freiem Himmel und Umzüge in der Stadt Dresden verboten. Zur Begründung teilt das Präsidium des Polizeipräsidiums u. a. mit:

„Das Verhalten der Kommunisten am Sonntag, eine Folgeerscheinung der in der „Arbeiterstimme“ ergangenen Aufforderung zu Gewalttätigkeiten, und die ganze sonstige kommunistische Propaganda lassen befürchten, daß sich der sogenannte Weltkampftag gegen Erwerbslosigkeit am 25. Februar zu einer unmittelbaren Gefahr für die öffentliche Sicherheit auswächst. Das Polizeipräsidium hat sich, zumal angesichts der leider so großen Zuspitzung der politischen Gegensätze, deshalb zu dem Demonstrationsverbot entschlossen. Den Kreisen, die es angeht, sei gesagt, daß dem Demonstrationsverbot mit allen Mitteln, gegebenenfalls auch mit Waffengewalt, Geltung verschafft werden wird.“

Für diese Drohungen wäre es immerhin wichtig gewesen, wenn die Polizei angegeben hätte, worin das „Verhalten der Kommunisten am Sonntag“ bestand.

## Der Revolver als politisches Argument

In Chemnitz kam es am Sonnabend zwischen mehreren Personen, die an der Geschäftsstelle der NSDAP Plakate anheften, und Nationalsozialisten in der Königstraße zu einer Schießerei, wobei eine Fenster Scheibe durchschossen wurde. Verletzt wurde niemand.

In Limbach wurde am Sonnabendnachmittag bei einer Schießerei zwischen politischen Gegnern eine unbeteiligte Frau durch eine Kugel am Hals getroffen, so daß sie mit schwerer Verletzung ins Krankenhaus eingeliefert werden mußte. Das Webersackkommando wurde alarmiert. Doch ist der Täter, anscheinend ein Kommunist, über mehrere Zäune hinweg entkommen. (WIS)

## Serunter mit den hohen Preiskett-Preisen

Kampf dem Preisel-Sytem.

Im November beschäftigte sich der Landtag eingehend mit den Manipulationen des sächsischen Braunkohlenmagnaten Janos Preisel. Der damals vorliegende Antrag wurde teilweise dem Rechtsausschuß, teilweise dem Ausschuß B überwiesen. Die SPD-Fraktion hatte sich im damaligen Stadium mit einer Anfrage begnügt, deren Antwortung auch in der Ausschußberatung erfolgen soll. Der Antrag der Nationalsozialisten geht um den Kern der Sache herum.

Der Fall Preisel interessiert die Öffentlichkeit nicht nur wegen des ungeheuren Ausdehnungsdranges dieses Kapitalisten,

sondern hauptsächlich wegen der Methoden Preisels bzw. seiner Beauftragten, im sächsischen Braunkohlenyndikat ganz nach eigenen Belieben und zu eigenem Vorteil zu schalten und zu walten. Den Vertretern der Arbeiterschaft hat man nicht einmal die nach dem Gesetz vorgeschriebenen Rechte im Syndikat eingeräumt, von den Ausschüssen aber, in denen allein die gesamte Preis- und Handelspolitik der gesamten Braunkohlenwirtschaft sächlich der Elbe bestimmt wird, hat man die Vertreter der Arbeiter und der Verbraucher ferngehalten. Schon seit langem geht der Kampf der Bergarbeiter, gewisser Kreise des Handels und der Verbraucher um Verringerung dieses mit Sinn und Wortlaut des Kohlenwirtschaftsgesetzes kollidierenden Zustandes.

Unsere sächsische Landtagsfraktion hat jetzt durch folgenden Antrag aktiv in diesen Kampf gegen das Sytem Preisel eingegriffen: Der Landtag wolle beschließen, die Regierung zu ersuchen, bei der Reichsregierung zu erwirken:

1. Die Billigung über das Gesetzgebungsverfahren des ostelbischen Braunkohlenyndikats beschleunigt zum Abschluß zu bringen;
2. die Richtlinien des ostelbischen Braunkohlenyndikats in der Richtung zu überprüfen bzw. zu beeinflussen, daß schnellstens eine Preislenkung für alle Brikettmarken an allen Handelsplätzen eintritt;
3. den gesamten Handel nach gleichen Grundätzen und gleichen Tarifen zu beliefern;
4. die aus dem direkten Verkauf (aus Kohlenhandelsgesellschaft und deren sonstigen Vertriebsstellen) erzielten Sondergewinne der Verbilligung der Produktion oder der Unterfütterung der Reichsknappschaft zur Verfügung zu stellen;
5. den Syndikatsvertrag so zu ändern, daß der Einfluß der Arbeitnehmer im Syndikat und dessen Ausschüssen den Bestimmungen des Kohlenwirtschaftsgesetzes entsprechend gesichert wird.

## Der Bauaufwand im Staatshaushaltsplan 1931

In dem Entwurf des Staatshaushaltsplanes für das Rechnungsjahr 1931 beträgt der veranschlagte Aufwand für Bauten und Bauunterhaltungen insgesamt etwa 9,5 Millionen RM., d. h. rund 3,5 Mill. RM. weniger als im vorigen Haushaltsplan. Bei den für bereits in Ausführung begriffenen Bauten veranschlagten Beträgen fällt insbesondere ein Posten von 600 000 RM. für den Erweiterungsbau für die Justizbehörden in Leipzig ins Gewicht. An weiteren größeren Posten wären zu nennen 338 000 RM. für den Erweiterungsbau des Polizeipräsidiums in Chemnitz, 220 000 RM. für die Erweiterung des Schwefelwerkhauses in Annaberg und 200 000 RM. für die Errichtung eines Wäschereibauwerkes bei der Anstalt Sachweilchen, ferner 434 000 RM. für den Erweiterungsbau des Pädagogischen Instituts in Dresden, 203 000 RM. für den Ausbau bei der Technischen Hochschule zu Dresden und schließlich rund 180 000 RM. für Arbeiten am Zwinger und 136 000 RM. für den Umbau des Japanischen Palais in Dresden. Von dem laufenden Bauaufwand beansprucht das Hochbauwesen 3,3 Mill. RM., die Ordnungspolizei 685 000 RM. und Heil- und Pflegeanstalten rund 940 000 RM.

## Die Steuereinnahmen Sachsens im Januar 1931

Im Monat Januar 1931 belief sich der Anteil Sachsens am Ertrage der Reichsteuern insgesamt auf 16,15 Millionen RM. (7,47 im Dezember 1930). Die eigenen Steuern des Landes betragen im Januar d. J. 9,22 Millionen gegen 8,05 im Dezember 1930. Die Steuereinnahmen der Gemeinden und Bezirksverbände beliefen sich im Januar 1931 auf 17,33 Millionen gegen 7,88 im Dezember 1930.

## Keine Dithilfe für Sachsen

Der sächsische Gesandte in Berlin hatte den zuständigen Reichsstellen die Wünsche der sächsischen Regierung wegen Einbeziehung sächsischer an die Tschechoslowakei grenzender Gebietsteile in die Dithilfe vorgetragen. Wie die Blätter melden, hat der sächsische Antrag in Berlin keine Billigung gefunden. Es besteht zunächst keine Aussicht auf Ausdehnung der Dithilfe über ihren jetzigen Rahmen hinaus auf andere Gebietsteile.

## Eine verdiente Abfuhr

Seit längerer Zeit spielt an der staatlichen Kunstakademie in Dresden ein Sittenandal. Der Professor Dr. hc Wrbka hat seine Stellung dazu benutzt, weibliche Modelle zum Geschlechtsverkehr zu mißbrauchen und sie durch Unstiflichkeiten schwer zu be-

leidigen. Ein Student, der diese Gemeinheit zur Anzeige brachte, wurde von der Akademie verwiesen. Wrbka bekam einen Verweis, außerdem soll er 500 Mark Geldstrafe bezahlen. Die Regierung aus Budaun zu lebenslänglicher Zuchthausstrafe bequadt. Wrbka hatte am Palmsonntag 1930 die Leipziger Studentin Charlotte Müller im Waldgebiet beim Jägerhaus ermordet. Er ist zur Verbüßung seiner Strafe bereits nach Waldheim übergeführt worden.

## Begnadigter Mörder

Die sächsische Regierung hat den vom Schwurgericht Zwickau wegen Mordes zum Tode verurteilten Bauarbeiter Leischner aus Bodaun zu lebenslänglicher Zuchthausstrafe begnadigt. Leischner hatte am Palmsonntag 1930 die Leipziger Studentin Charlotte Müller im Waldgebiet beim Jägerhaus ermordet. Er ist zur Verbüßung seiner Strafe bereits nach Waldheim übergeführt worden.

## Gräßlicher Selbstmord

Aus Plauen wird berichtet: Die Ehefrau Frieda des Malers Rauchs wurde im Stadtwald bei Jöhnik mit schweren Brandwunden in hilflosem Zustande aufgefunden. Sie hatte sich die Kleider mit Petroleum übergeben und angezündet. Die Anglistin wurde sofort ins Krankenhaus eingeliefert, wo sie aber nach kurzer Zeit durch den Tod von ihren fürchtbaren Qualen erlöst wurde. Krankheit soll die Ursache des Selbstmordes sein.

## Starker Schneefall

Der Schneefall in Dresden, der am 22. Februar morgens eingesetzt hatte, hielt den ganzen Sonntag und auch in der Nacht zum Montag ununterbrochen an. Der Schneefall hielt auch am 23. Februar noch in großen Teilen Sachsens an. Aus dem oberen Erzgebirge werden bis zu 25 Zentimeter Neuschnee gemeldet. Im böhmischen Grenzgebiet sind vielfach Verkehrsstörungen aufgetreten, da die Wege kaum mehr passierbar sind.

Chemnitz. Auf dem Heimwege getötet. Ein 51 Jahre alter Arbeiter wurde auf dem Heimwege von einer Kraftdroschke angefahren, zu Boden geschleudert und getötet.

Zwickau. Störungen im Fernsprechnetz. Das schwere Schneewetter, das am Sonntag über das westliche Sachsen niederging, hat im telephonischen Verkehr erhebliche Schäden verursacht. Außer zahlreichen Anschlüssen innerhalb des Ortsgebietes sind zwanzig Fernleitungen gestört. Der Fernsprechnetzverkehr muß teilweise umgeleitet werden.

## Weiterbericht der Arbeiter-Turn- und Sportchule

Orte	Temperatur Grad Celsius	Schneehöhe cm	Schnee-befallenheit	Sportmöglichkeit
Oberreitersberg	- 7	92	verweht	Ski und Hadel ausgezeichnet
Niedersberg	- 8	97	verweht	..
Schneegeorgenfeld	- 14	90	Pulverschnee	..
Auersberg	- 11	93	..	..
Altenhof, Wälsberg	- 8	89	..	..
Schnee	- 9	80	..	..
Annaberg-Pöhlberg	- 7	53	..	..
Krausnick	- 7	39	..	..
Altenbera	- 6	25	..	..
Alpenhof, Bärenfels	- 2	50	..	..
Frauenwold (Ahlr.)	-	-	..	..
Oberhof	-	-	..	..
Bob Gellieba	- 2	18	Pulverschnee	gut
Alten, Hochwand - Gauschlag	- 2	42	..	..
Rote Grube	-	-	..	..
Rachlitzberg	-	-	..	..
Wiesengebirge	-	-	..	..

## Volkshaus Leipzig

Spezialgerichte Heute: Ungarischer Rindergulasch mit Kartoffeln 1.80 Maslhuhn mit Brühreis und Spargel 1.80 Eine ganze Hasenkule mit Kompott 1.75 Hausgericht: Bauernsuppe und Fischfilet geb. mit Kartoffelsalat 80 - Morgen: Schachtel Ungarischer Kalbsgulasch mit Butterudeln 1.20 Pöselzunge in Madeira mit Schotenbiree 1.40 Obensbraten mit Rotkraut 2.00 Hausgericht: Bauernsuppe und Bratwurst mit Rotkraut 90

## Ämtliche Bekanntmachungen

### Bekanntmachung. Polizeistunde zur Frühjahrsmesse betr.

Im Stadtgebiet Leipzig und im Bezirke der Amtshauptmannschaft Leipzig wird die Polizeistunde in den Nächten vom 24. Februar zum 1. März, vom 1. zum 2. März und vom 2. zum 3. März aufgehoben und in den folgenden Nächten bis zur Nacht vom 8. zum 9. März auf 3 Uhr festgesetzt.

Für Kantinenwirtschaften gilt diese Regelung nicht.

Die für Musikdarbietungen allgemein auf 11 Uhr bzw. 10 Uhr festgesetzte Schlußstunde bleibt bestehen.

Es wird ausdrücklich darauf hingewiesen, daß sich damit an den gesetzlichen und tariflichen Bestimmungen über die Arbeitszeit der Angestellten nichts ändert, daß diese vielmehr genau zu beachten sind.

Leipzig, den 24. Februar 1931.

### Polizeipräsidium und Amtshauptmannschaft Leipzig.

**Martrankstädt** Die nächste öffentl. Stadtsitzung des Stadtschuldenrat wird am Freitag, den 27. Febr. 1931, abends 7 Uhr, im Sitzungssaal des Rathauses Nr. 1 statt. Die Tagesordnung hängt im Rathaus aus.

**Martrankstädt**, am 23. Febr. 1931. Der Stadtschuldenratvorsitzer.

**Großsitz** Öffentliche Sitzungen des Ausschusses und Vorstandes am Donnerstag, dem 26. Febr. 1931, abends 7 und 8 Uhr, im Sitzungssaal des Rathauses. Tagesordnung hängt am Ratsbrett aus.

**Sparkasse Liebertwolkwitz.** Güntige Versammlung aller Kapitalanleger Samstag, den 27. Febr. 1931, abends 7 Uhr, im Sitzungssaal des Rathauses. Tagesordnung hängt am Ratsbrett aus.

## Radio-Apparate Lautsprecher

mit kleinen äußeren, fehl., Vorführungsgeräte, weit unter Preis abzugeben. **Knodenbatt**, 100 Volt mit Var. 6.50 RM. **Aktus** 4 B. 12 6.75 RM. **Radio-Panier Pfaffenfurter Straße 13.**

## Diverses

• Piano-Vermiet. • billig. Särtelstr. 4.



## SPORT u. Gesellschaft H. W. Anzüge

für N. 29.- od. 39.- aus Ihrem Store **H. Weigler** Jakobstraße 6, p.

## Gegen Husten, Heiserkeit und Erkältung

empfehlen wir:

••••• Hustenfüller	••••• Dose	0.30
••••• Mentholbonbons	••••• Pfund	0.80
••••• Eukalyptusbonsbons	••••• Pfund	1.20
••••• Echt bayrisches Malz	••••• Pfund	0.80
••••• Randsüßer, weiß	••••• Pfund	0.56
••••• Randsüßer, braun	••••• Pfund	0.56
••••• Randsüßer in Würfel	••••• Karton	0.10

••••• Kamillen tee	••••• Beutel	0.15
••••• Pfefferminz tee	••••• Beutel	0.25
••••• Lindenblüten tee	••••• Beutel	0.15
••••• Fenchel tee	••••• Beutel	0.15
••••• Fenchelhonig	••••• Flasche	0.80
••••• Bienenhonig	••••• Glas	1.50

## Konsumverein

Leipzig-Blagwitz u. Umg., e. S. m. b. H.

Abgabe nur an Mitglieder. Bitte grüne Ausweisfarbe mitbringen.

## Ihr Anzug

wird wie neu ge reinigt u. gebügelt 25.50, Abhol u. Sulzerei. **H. Weigler** Jakobstraße 6, p.

## Lederjacken

eigene Herstellungs. Reichstraße 26, III. Frack, Gehrock, Smok, Cat.-Anzüge, Hüteverl., Belau, Zeltzer Str. 3 Eingang Albertstr. 29

## Familien-Nachrichten

Sonntag früh verschied nach kurzem, schwerem Leiden meine liebe Frau, unsere gute Mutter **Hedwig Diebner geb. Otto** im Alter von 43 Jahren. Leipzig N 24, den 22. Februar 1931 Pflaßstraße 36 In tiefem Schmerz **Ernst Diebner und Kinder** Beerdigung Donnerstag, den 26. Februar 1931, 12.30 Uhr, auf dem Schönefelder Friedhof

**Statt Karren.** Zurückgeführt vom Gange unseres unbegreiflichen, teueren Entschlafenen **Richard Bernhard Wlrich** sagen wir hierdurch aus tiefstem Herzen für die so trostreichen Worte des Herrn Dr. J. Rippenberger, dem ehrenwerten Nachruf des Deutschen Metallarbeiterverbandes, dem Bund sozialistischer Freiwerker, dem Ortsverein Meißner der SPD, sowie all denen, die uns durch Wort und Schrift aufrichtige Anteilnahme und liebe besuchenden und unserm lieben Verstorbenen das letzte ehrende Geleit gaben, innigen Dank. Es hat unsern wunden Herzen wohlgefallen! **Die trauernden Hinterbliebenen.**

**Jeder Bücherfreund** bedt seinen Bedarf an Vortel- wissenschaftlicher und Unterhaltungs-Literatur entweder in der Zentrale oder in den Zweigstellen der **Leipziger Buchdruckerei u. G.** Abteilung Buchhandlung. Taubner Straße 19/21





Karl-Marx am „Mohrenplatz“

Die Ueberschrift sei etwas rätselhaft? Wir wollen es nicht in Abrede stellen. Es ist aber auch eine etwas rätselhafte Geschichte, auf die damit hingewiesen werden soll. Der Rat der Stadt Leipzig hat nämlich beschlossen, einen Platz in Leipzig-Anger-Cottendorf, der demaleinst von zwei sehr noch nicht ausgeführten Straßen umgeben sein wird, Karl-Marx-Platz zu benennen. Es handelt sich um eine Grünfläche und die projektierten Straßen 6 und 7 in unmittelbarer Nähe des „Mohrenplatzes“, der Breiten und Beuchaer Straße. Nicht weit davon befindet sich die Bebelstraße, Platz und Straße, die hier mit den Namen zweier bedeutender Vorkämpfer des Sozialismus bezeichnet werden, sind nur klein. Der Bedeutung der beiden genannten Männer wird der Rat mit feiner Auswahl in keiner Weise gerecht. Immerhin ist interessant, daß die Beschlässe gerade in eine Zeit fallen, in der das antimarkistische Geschrei besonders hohe Töne schlägt. Damit doch wohl so etwas wie ein Beweis dafür gegeben ist, daß die proletarisch-sozialistische Bewegung bei einigermaßen objektiver Betrachtung eine andere Würdigung verlangt, als der politische Jargon der bürgerlichen Parteien ihr zugebilligt hat. Marx war der wissenschaftliche Wegweiser des sozialistischen Proletariats, zugleich aber auch ein in der bürgerlichen Gesellschaft immer größeren Raum einnehmender Soziologe, Rebel der bedeutendste politische Führer im Kampfe um eine neue, um eine sozialistische Wirtschafts-, Staats- und Gesellschaftsordnung. Weider Namen im Straßenplan der Stadt Leipzig vorzeitig zu sehen, zeigt immerhin, daß auch die Gegner des Sozialismus nicht mit höflicher Regiergung an dem sieghaften Vordringen neuer Ideen vorbeigehen können.

Das Demonstrationsverbot

Die Kommunisten haben wieder einmal einen Erfolg errungen. Während der vorjährigen Frühjahrsreise veranstalteten sie auf dem Augustusplatz einen Straßenklauf, lediglich um einen sinnlosen Bericht für die Moskauer Oberbeschlähhaber zurechtzuschneiden zu können. Unter der in Plakatschrift gehaltenen Ueberschrift: „Das Proletariat erobert die Straße“, brachte die SAJ am andern Tage eine seitenlange Darstellung über den „Siegeszug“ der kommunistischen „Demonstranten“, die die Polizei zu völliger Ohnmacht verdammt und „gegen eine wohlbewaffnete Bürgerkriegsgarde die Straße erobert“ hätten. Der Verkehr wurde eine Viertelstunde lang völlig lahmgelegt, berichtete siegestrunken die SAJ. Da außerdem die „Demonstranten“ sich bei jedem Anrücken der Polizei, die die Aufgabe hatte, dem „völlig lahmgelegten Verkehr“ wieder normalen Fluß zu verschaffen, sich feig hinter die Messebesucher und sonstige Straßenpassanten verkrachten und so außer dem Verkehr auch noch Leben und Gesundheit der zufällig anwesenden Passanten gefährdeten, haben die Behörden in diesem Jahre für die Messetage jeden Umzug verboten. Die SAJ fordert trotzdem ihre Anhänger auf, auf den Hauptplatz zu kommen. Aus diesem Grunde wird nochmals vom Polizeipräsidenten mitgeteilt — in der Annahme, daß der Aufruf der SAJ erfolgte, ehe das Verbot bekannt geworden war — daß am Mittwoch ebensowenig wie an den darauffolgenden Tagen „Demonstrationen“ irgendwelcher Art nicht stattfinden dürfen.

Wir machen unsere Leser auf diese polizeiliche Mitteilung aufmerksam, damit niemand in Unkenntnis der Dinge in Mänschaften gerät, die der proletarischen Bewegung keinen Vorteil, den mit in etwaigen kommunistischen Strudel hineingerissenen Personen aber große Nachteile bringen können.

Razi-Mannesmut

Nach dem Auszug der 107 nationalsozialistischen Diätengehälter aus dem Reichsparlament stellt sich die von Unternehmern geleitete ausgehaltene Zeitung der Hitler-Partei ihren kommenden Bankrott einsehend, auf außerparlamentarische Aktionen um. Reichlicher als bisher betätigen sich die vor Latendrang überschäumenden Träger der Braunhosenhändelstehenden im Schließen aus dem Hinterhalt auf politische Andersdenkende. Das ist nach nationalsozialistischer Auffassung nicht schlimm; auch der Fememord ist nach der in dieser Partei geltenden Meinung ein geeignetes Propagandamittel. Mehr als bisher werden wehrlose Straßenpassanten selge von den Hakenkreuztruppen überfallen, blutig geschlagen und gestochen. Solche Taten sind im Hitler-Lager Selbstverständlichkeiten. Selbst Herr Stubentkowski, einer der Prominentesten im Leipziger Bezirk, propagiert ähnliche Methoden. Im Schutze der Dunkelheit wird von dem Faschistenheer auch jede sich bietende Gelegenheit wahrgenommen, um Eigentum der so gehäßten Marxisten zu vernichten. Und wenn es nur ein Zeitungsausgang ist, der der sozialdemokratischen Volkspartei ist, er erscheint wertvoll genug, um als Siegestrophäe und Beweis nationalsozialistischer Mannesmut entführt zu werden.

Doch gemacht! Die Brüder vom Dritten Reich irren gewaltig, wenn sie glauben, mit jenem Zeitungsausgang zu gewinnen, den sie zu nächstlicher Stunde in der Bornaischen Straße entwendeten, dem Marxismus den Garau maden zu können. Da gehören andere Methoden und vor allem andere Aerie dazu. Mit einem Kopf voll Hitzelenswolk, einer Quadratschnauze und einem Diebstahl ist gegen die von Karl Marx aufgestellte Wirtschaftstheorie wirklich nicht erfolgreich anzukämpfen. Zu dieser Auffassung sollten sich die politischen Hosenmäße im Lager Wolf endlich durchbringen.

Das Polizeipräsidium teilt mit:

Die politischen Veranstaltungen im Verlauf des 22. Februar sind ohne wesentliche Zwischenfälle verlaufen. Polizeiliches Einschreiten machte sich lediglich wegen nachstehender Vorkommnisse nötig:

In der 2. Nachmittagsstunde kam es in der Nähe des Volkshauses zu einem unbedeutenden Zwischenfall zwischen etwa 50 Nationalsozialisten, die Radtauswärts marschierten, und dem in Richtung Messplatz marschierenden Reichsbanner-Demonstrationszug. Das einschreitende Polizeikommando nahm zwei jugendlichen Zivilisten einen kleinen Revolver und eine Schredschuppistole ab. Die beiden Zugführer gaben an, daß ihnen diese Waffen von unbekannten Nationalsozialisten (oben zugestekt worden seien. — Wegen 16 Uhr wurden an der Straßenkreuzung Lühner und Merseburger Straße zwei Nationalsozialisten von Kommunisten geschlagen und leicht verletzt. Herbeigeeilte Polizeikommandos konnten weitere Tätlichkeiten verhindern und zerstreuten die kommunistischen Ansammlungen.

Öffentliche Jugendveranstaltung. Am Mittwoch, dem 25. Februar, 20 Uhr (Einlaß 19.30 Uhr), findet im Saale des städtischen Jugendheimes Leipzig-Mitte, Töpferstraße 2, III., ein Wiederabend: „Der Frühkietrang“, alte und neue Weilen zur Laute, gesungen von Konzertfänger W. Kretschmar, statt. Der Eintritt ist frei.

Bei Anträgen auf Gewährung von Unterhaltbeihilfen und Vermittlung für Schüler der höheren Schulen und der höheren Abteilung der Volkshule (9. und 10. Schuljahr) sind von jetzt ab Vordrucke zu verwenden, die in den Kanzleien der höheren Schulen erhältlich und nach Ausfüllung beim Schulamte einzureichen sind.

Leipziger Fürsorge einst und jetzt

Von Paul Krieg, Stadtverordneter.

Der Kreis der Unterstützten

Während in den Jahren vor dem Kriege aus den im ersten Artikel angeführten Gründen der Kreis der Unterstützten ein verhältnismäßig kleiner war — er betrug 1913 nur 3700 Unterstützungsgruppen (Hauptunterstützungsempfänger) —, stieg die Zahl der Hilfsbedürftigen nach dem Kriege rapid. Aus der Abbildung 1 ist zu ersehen, wie rasch schnell die Unterstützungsgruppen angewachsen sind; allein 1930 ist die Anzahl der unterstützten Parteien auf nahezu das Doppelte, von 22 000 auf über 40 000, angewachsen. Zu bemerken ist dazu, daß die große Anzahl der Hilfsbedürftigen nur zu einem kleinen Teil aus „Armen“ im früher gebräuchlichen Sinne besteht; es ist die Unterstühtengruppe der „sonstigen Bedürftigen“ (Abbildung 2) mit 8743 unterstützten Parteien (11 078 Personen). Die Fürsorge erstreckt sich jetzt in der Hauptsache auf Kreise von Hilfsbedürftigen, die

durch die verheerenden Folgen des Krieges; durch die Inflation und die Arbeitslosigkeit „fürsorgerecht“

wurden. Die Inflation brachte die Verarmung von Leuten, die bisher in der Hauptsache von den Zinsen ihres kleinen Vermögens oder von ihrer Immobilienunterstützung lebten. Wir finden diese beiden Gruppen Unterstützter in der Abbildung 2 als Kleinrentner und Sozialrentner aufgeführt. Beide sind infolge der niederen Renten auf deren Ergänzung durch Fürsorgeunterstützung angewiesen.

Ihnen gleichgestellt im Unterstühtungsbeitrag sind die „Gleichstehenden“, das sind alte oder durch geistige oder körperliche Gebrechen erwerbsunfähig gewordene Personen, die trotz wirtschaftlicher Lebensführung auf die öffentliche Fürsorge angewiesen sind.

Die Erwerbslosen in der „Fürsorge“

Die weitaus größte, stärkste Gruppe der Unterstützten sind die sogenannten Wohlfahrts-erwerbslosen, deren Zahl bis 1928 nicht wesentlich größer war als die der andern Gruppen. Nach Einführung der Arbeitslosenversicherung, deren Unterstühtungsanspruch an bestimmte Anwartschaftszeiten und Bezugsdauer gebunden ist, wuchs ständig die Zahl derer, die noch nicht bezugsberechtigt oder aber ausgesteuert sind, und deshalb die Hilfe der „Fürsorge“ in Anspruch nehmen mußten. Hinzu kommt noch ein erheblicher Teil, der infolge der besonders niedrigen Arbeitslosen- oder Krisenunterstützung Zusatzunterstützung aus Fürsorge-

Gesamtausgaben der Fürsorge seit 1913

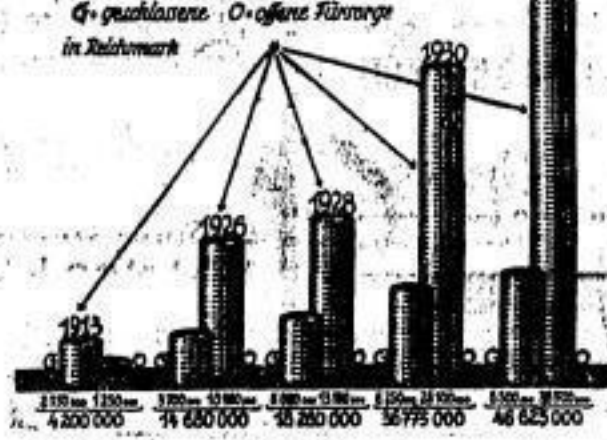


Abbildung 3

mittel erhält. Neben der seit einem Jahre wütenden fürchterlichen Wirtschaftskrise trägt aber vor allem die dauernde Verschlechterung der Arbeitslosenversicherung und Krisenfürsorge

die Schuld an dem tiefsten Anwachsen der Wohlfahrts-erwerbslosen. Das Jahr 1930 stellt in dieser Beziehung ein Rekordjahr dar. Während im Januar 1930 7462 Erwerbslose, inklusive der Angehörigen 14 729 Personen, laufend Wochenunterstützung erhielten, betrug deren Zahl im Dezember 19 496 inkl. deren Angehörigen 36 371 Personen.

Wieviel Not und Elend und verschwundenes Familienglück verbirgt sich hinter dieser Ziffer. Nach sorgfältiger Berechnung ist weiterhin mit einem monatlichen Zuwachs von 2000 bis 2500 zu rechnen.

Die Ausgaben der „Fürsorge“

Das riesige Emporschnellen der Unterstütztenziffer zog naturgemäß ein gewaltiges Ansteigen der Ausgaben für die „Fürsorge“ mit sich. Wie lächerlich gering erscheint zu den heute erforderlichen Summen die Ausgabe von 1913 (siehe Abbildung 3). Während damals die für die „geschlossene Fürsorge“ (G), für die Unterbringung von alten, kranken Hilfsbedürftigen in Verlags- und Pflegehäusern verausgabte Summe die für die „offene Fürsorge“ benötigte Summe um das Doppelte überstieg, beanspruchte im Jahre

Laufende Barunterstützung an die Gruppen der Unterstützten 1926-1930

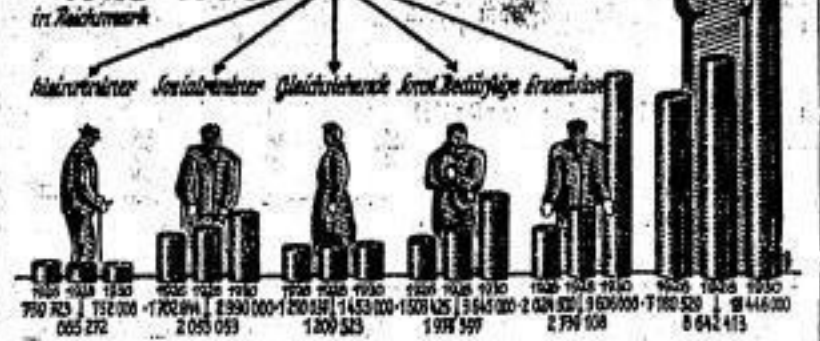


Abbildung 4

1930 die „offene Fürsorge“ (O), das heißt die Unterstützung mit Geld und Sachleistungen, mit reichlich 28 Millionen Mark, fünf Sechstel der gesamten Fürsorgeausgaben (Abbildung 3).

36 Millionen Mark sind in diesem Jahre unbedingt nötig zur Bestreitung der gesamten Fürsorgeausgaben.

26 Millionen Mark, das bedeutet eine Mehrausgabe von 15 Millionen Mark für das Fürsorgewesen der Stadt Leipzig. Bei einem Gesamtetat der Dreiviertelmillionenstadt von 228 Mil-

Die in diesem zweiten und Schlußartikel erwähnten Abbildungen 1 und 2 sind im ersten, gestern erschienenen Artikel enthalten.

tionen Mark waren nur rund 21 Millionen Mark für diese Zwecke vorzusehen. Wichtige und dringende notwendige Ausgaben der Stadt müssen zurückgestellt werden, nur um die schlimmste Not zu mildern. Dabei muß mit allem Nachdruck betont werden, daß die in diesem Jahre erforderlichen Mehrausgaben von 15 Mill. Mark notwendig sind, trotz parlamentarischer Wirtschaft der amtlichen und ehrenamtlichen Kräfte der „Fürsorge“. Diese hohen Summen stellen nur den Ausdruck der großen Not und Verelendung dar, nicht einer besonders großzügigen Bewilligungsbereitschaft der Distrikte, wie von bürgerlicher Seite oft behauptet wird. Die Aussichten für das Jahr 1931 sind bei fortdauernder Wirtschaftskrise deshalb sehr trübe. Legt man nur 4 000 Unterstützungsgruppen zugrunde, so würde für das Haushaltsjahr 1931 mit rund 46 Millionen Mark Fürsorgeausgaben zu rechnen sein.

Aus der Abbildung 4 ist ersichtlich, welcher Betrag für laufende, regelmäßige Wochenunterstützung, auf die verschiedenen Unterstützungsgruppen verteilt, in den Jahren 1926, 1928 bis 1930 aufzubringen war. Den Löwenanteil mit 9,8 Mill. Mark beansprucht im Jahre 1930 die Unterstützung der Erwerbslosen.

Die Unterstützungsgrundsätze für laufende Barunterstützung

Die Unterstützungsgruppen der Kleinrentner, Sozialrentner und ihnen Gleichstehenden genießen, wie schon festgestellt, den besonderen Schutz der Fürsorgegesetzgebung. Ihnen ist ein Unterstühtungsbeitrag



Abbildung 5

garantiert, der um 25 Prozent höher ist als der übliche Unterstühtungsbeitrag für einmalige und außerordentliche Barunterstützung, für Wohnung, Kleidung, Schuhwerk und Heizung ausgegeben. Die Abbildung 5 zeigt, in wieviel Fällen die einzelnen Unterstützungsgruppen davon profitierten.

Von bürgerlicher Seite wird immer wieder der Vorwurf erhoben, daß hierbei in Leipzig von den Distrikten zu großzügig verfahren werde, daß hier in erster Linie der Hebel zur Minderung der Fürsorgekosten angelegt werden müsse. Diese Feststellung zeigt die Lösungslage der „allgemeinen Fürsorge“. Die Sozialrentner (Bezieher von Invaliden-, Altersrenten- und Unfallrentenunterstützung) erhalten demnach den Unterstühtungsbeitrag jährlich 1115 Mark. Mietbeihilfe, Kleidung, Schuhwerk, Heizung ist dabei nicht eingerechnet. Wesentlich ungünstiger sind die Erwerbslosen daran, die nur den „allgemeinen Unterstühtungsbeitrag“ erhalten. Seit Jahren kämpft die Sozialdemokratie deshalb für eine höhere Unterstützung der Erwerbslosen und erstrebt eine Gleichstellung mit den Sozial- und

Kleinrentnern. Diese Forderung ist nur zu berechtigt, handelt es sich doch dabei um die Erhaltung der Gesundheit und Arbeitskraft der im besten Alter stehenden Erwerbslosen. Neben der regelmäßigen Wochenunterstützung werden noch erhebliche nur von einer traffen Unkenntnis der Verhältnisse. Wenn im Jahre 1930 den Erwerbslosen in 220 000 Fällen mit derartigen Zuwendungen geholfen werden mußte, so ist das nur der Ausdruck dafür, wie weit die Verelendung durch die lange Arbeitslosigkeit vorgeschritten ist. Daß unter solchen Umständen die Bewilligung von Kleidungsgeldern nur zu angebracht ist, liegt doch auf der Hand.

Interessant ist die Feststellung, daß die Kreise, die darüber zitiern, vor allem die Hausbesitzer zu einem großen Teil die Kuchstücke der für außerordentliche Unterstühtungen ausgegebenen Gelder sind. Es ist erwiesen, daß im Jahre 1928 ein erheblicher Betrag, in 43 275 Fällen, als Mietbeihilfe gegeben wurde, um den Verlust der Wohnung zu verhindern. Hätte also die Fürsorge nicht so „verschwendert“ eingegriffen, so wären manche Hausbesitzer nie in den Besitz der Wohnungsmiete gekommen. Für das Jahr 1930 liegen noch keine Zahlen vor über die für diesen Zweck verausgabte Gelder. Man kann aber mit Sicherheit annehmen, daß mit über 100 000 Fällen Mietbeihilfe und so mit einigen Millionen Mark für diese Zwecke zu rechnen ist. Erheblich ist naturgemäß auch die Summe, die jährlich für Kohlenbewilligung ausgegeben wird; denn jeder selbständige Haushalt bekommt in den Wintermonaten in der Regel pro Woche einen Zentner Kohle.

Wem wurde geholfen? Die Zahl der Fälle von 1926-1930

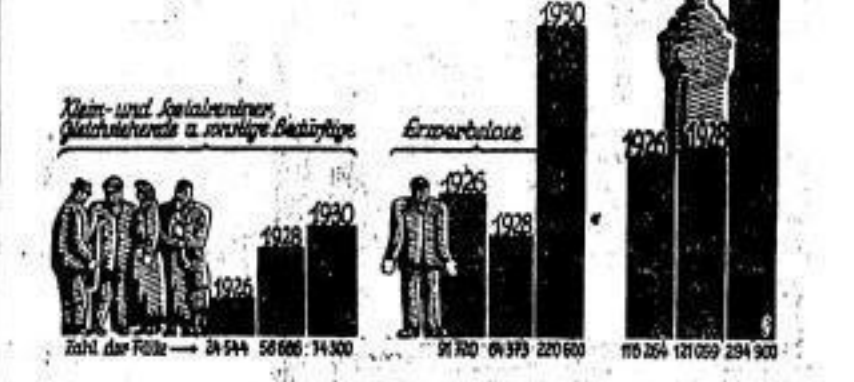


Abbildung 6

Kleinrentnern. Diese Forderung ist nur zu berechtigt, handelt es sich doch dabei um die Erhaltung der Gesundheit und Arbeitskraft der im besten Alter stehenden Erwerbslosen. Neben der regelmäßigen Wochenunterstützung werden noch erhebliche nur von einer traffen Unkenntnis der Verhältnisse. Wenn im Jahre 1930 den Erwerbslosen in 220 000 Fällen mit derartigen Zuwendungen geholfen werden mußte, so ist das nur der Ausdruck dafür, wie weit die Verelendung durch die lange Arbeitslosigkeit vorgeschritten ist. Daß unter solchen Umständen die Bewilligung von Kleidungsgeldern nur zu angebracht ist, liegt doch auf der Hand.

Interessant ist die Feststellung, daß die Kreise, die darüber zitiern, vor allem die Hausbesitzer zu einem großen Teil die Kuchstücke der für außerordentliche Unterstühtungen ausgegebenen Gelder sind. Es ist erwiesen, daß im Jahre 1928 ein erheblicher Betrag, in 43 275 Fällen, als Mietbeihilfe gegeben wurde, um den Verlust der Wohnung zu verhindern. Hätte also die Fürsorge nicht so „verschwendert“ eingegriffen, so wären manche Hausbesitzer nie in den Besitz der Wohnungsmiete gekommen. Für das Jahr 1930 liegen noch keine Zahlen vor über die für diesen Zweck verausgabte Gelder. Man kann aber mit Sicherheit annehmen, daß mit über 100 000 Fällen Mietbeihilfe und so mit einigen Millionen Mark für diese Zwecke zu rechnen ist. Erheblich ist naturgemäß auch die Summe, die jährlich für Kohlenbewilligung ausgegeben wird; denn jeder selbständige Haushalt bekommt in den Wintermonaten in der Regel pro Woche einen Zentner Kohle.

Im Jahre 1928 waren es 348 000 Zentner Kohle, die in Hunderten von Kostengeschäften an die Unterstützungsgruppen ausgegeben wurden.

Daß der Krankenhilfe und der für Erhaltung der Gesundheit der Hilfsbedürftigen von der Fürsorge die größte Aufmerksamkeit



# Wo ruft die Pflicht?

Gesamt-Eiternräte.

Donnerstag, 26. Februar, 20 Uhr, im Volkshaus, Café Mitte und Links, referiert Genosse Lang über die Stadtberatung im Stadtparlament, mit besonderer Berücksichtigung der Schulangelegenheiten.

## Frauen

Stünz. Aus bestimmten Gründen findet unser Frauenabend Donnerstag, den 26. Februar, 19.30 Uhr, im Gasthof statt: Kursusberichte und Lesabend. Auch Genossen sind herzlich willkommen. **Zweitau.** Mittwoch, 25. Februar, 20 Uhr, in der Sommerluft: Referat des Genossen Heiland über die Kriminalität der Frau.

**Vöhlisch-Ehrenberg.** Mittwoch, 25. Februar, 20 Uhr, in der Grünen Aue: Referat des Genossen Lehmann: „Schund und Schmutz im Haushalt der Seele“.

**Pegau.** Wir bejuchen Mittwoch, den 25. Februar, die Frauengruppe in Rudolfsst. Stellen 19.30 Uhr am Volkshaus. — **Donnerstag, den 26. Februar:** Frauenabend im Volkshaus. Vortrag des Genossen Heiland über die Kriminalität der Frau. Zahlreiches Erscheinen erwünscht.

## „SLZ“ Groß-Leipzig.

**Achtung!** In Leipzig besteht ab heute durch Erlass des Innenministeriums Demonstrationsverbot. Der Anmarsch zur Mitgliederversammlung kann deshalb nicht geschlossen erfolgen. Beginn der Mitgliederversammlung 20 Uhr im großen Saale des Volkshauses. Wir erwarten euch alle.

## Arbeitskreis junger Sozialdemokraten.

**Entscheid.** Morgen Mittwoch, 20 Uhr, im Deutschen Haus, Schiedestraße: Zusammenkunft mit Presse-Situationsbericht und Referat. Werdt für zahlreiche Beteiligung.

## Jungsozialisten.

**Groß-Leipzig.** Mittwoch, 20 Uhr, im Volkshaus, spricht Genosse Kurt Laumann über Indien. Gäste willkommen.

## Sozialistische Studentenschaft

**Arbeitsgemeinschaft über das kommunistische Manifest.** Mittwoch, den 26. Februar, 14 Uhr, im Heim, Volkshaus: Abschluss. Gäste willkommen.

## Sprech- und Bewegungshor des UBZ

Heute Dienstag, 19.30 Uhr, in der Bundeschule: Wichtige Probe. Kommt alle. Wir beginnen mit neuen, großen Aufgaben.

## Gemeinschaft Kinderfreunde

**Großschöcher.** Donnerstag, 20 Uhr, im Helm: Jahreshauptversammlung mit Lichtbildern „Unsere Kinder im Zeltlager“. Alle Eltern sind herzlich eingeladen.

**Plagwitz-Schleußig.** Helfer treffen sich Mittwoch, 19.30 Uhr, beim Genossen Schumann, Könnertstraße 27.

**Mit-Leipzig-Osten.** Große und Mittelgruppe. Morgen, 16.30 Uhr, am Heim. Wir gehen zur Kinderversammlung.

## Mitgliederveranstaltungen

**Wachau.** Mittwoch, 25. Februar, 20 Uhr, im Gasthof Eigner: Referat des Genossen Herze: Religion und Arbeiterklasse.

gewidmet wird, ist selbstverständlich. Zu ihrer Durchführung waren im Jahre 1924 230 000 Mark nötig, in diesem Jahre fast 1,5 Millionen Mark.

Im Jahre 1928 wurden aufgewendet für Arztgehonorar 322 453 Mark, für Arznei 234 047 Mark, für Kurunterstützung 38 950 Mark, Milch 34 401 Mark, Zahnbehandlung 55 284 Mark, für Hauspflege 19 427 Mark, für besondere Behandlungen 172 845 Mark; zur Verhütung erholungsbedürftiger Kinderreicher Mütter werden jährlich 30 000 Mark verausgabt. Durch die Abbildung 7 wird recht anschaulich dargestellt, wie die Fürsorgekosten, auf den Kopf der Bevölkerung umgerechnet, ständig gestiegen sind. Das trifft auch zu auf den Unterstützungsbetrag, umgerechnet auf die einzelne unterstützte Partei.

Die überraschende Steigerung des Unterstützungsbetrages in den letzten zwei Jahren von 726 auf 920 Mark erklärt sich in der Hauptsache durch die erhöhten Ausgaben für außerordentliche Unterstützung, Mietsbeihilfen, Kleidung und Schuhwerk. Ferner

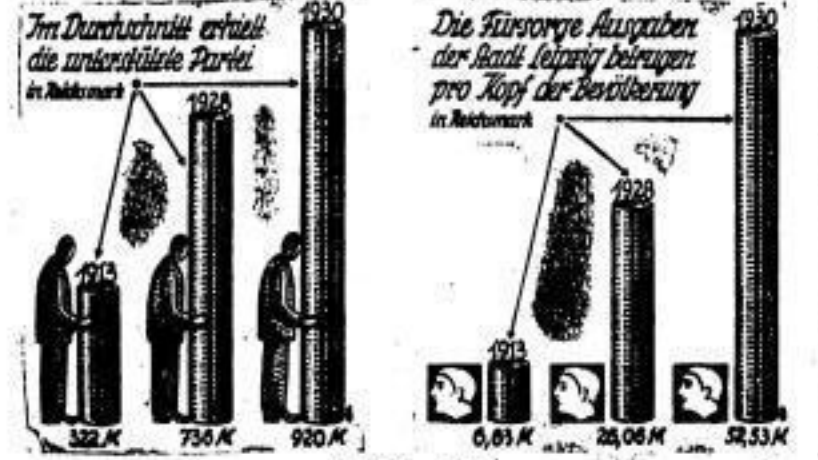


Abbildung 7

durch das Anwachsen der Erwerbslosen, die, da sie überwiegend den mittleren und jüngeren Altersklassen angehören, insgesamt über eine größere Kinderzahl verfügen, als die Angehörigen der andern Unterstützungskategorien, die größtenteils ältere und gebrechliche Leute umfassen.

Aus alledem ergibt sich die Bedeutung der eingangs gemachten Feststellung über die große soziale Bedeutung der „Fürsorge“ für die werktätige Bevölkerung, erklärt sich ferner die gewaltige finanzielle Belastung der Stadt. Die Lasten sind im Verhältnis zu den Einnahmen der Stadt so groß, daß die Gefahr des Zusammenbruchs der städtischen Finanzen droht.

Nur vom Reiche aus ist wirksame Hilfe möglich durch eine andere Regelung der Erwerbslosenunterstützung. Die Sozialdemokratie hat durch ein Initiativgesetz dem Reichstage den Weg dazu gezeigt.

## Umorganisation der „Fürsorge“

Die wachsende Anzahl der Unterstützten und das damit verbundene riesige Anschwellen der Pflegerarbeit führte im vergangenen Jahre zu einer Umgestaltung des ganzen Fürsorgewesens, der Dezentralisation, die kurz vor ihrem Abschluß steht. Jeder das ganze Stadtgebiet, zweckmäßig verteilt, werden 14 Kreisstellen mit angestellten Kräften eingerichtet, die die Unterstützungsgeschäfte entgegennehmen und die gesamte Fürsorgearbeit in enger Zusammenarbeit mit den ehrenamtlichen Pflegern bewältigen sollen. Die Beratung und Beschlußfassung über die zu ergreifenden Unterstützungsmassnahmen geschieht nach wie vor in den Bezirkskommissionen. Während bis zum vorigen Jahre die Unterstützung der Unterstützten durch die ehrenamtlichen Pfleger vorgenommen wurde, geschieht dies jetzt zu ihrer Entlastung durch die Steuerbehörden.

Allen den ehrenamtlichen Vorstehern und Pflegern aber gebührt für ihre aufreibende Tätigkeit der wärmste Dank der Allgemeinheit und vor allem auch der hilfsbedürftigen Bevölkerung, für deren Wohl sie ja täglich tätig sind.

# UMGEBUNG

## Große Meile der Nazis in Engelsdorf

Auch die hiesigen Hafentouristen sind von einem bischen Latendrang befeuert. Deshalb beriefen sie nach dem Gasthof Hesse eine öffentliche Versammlung ein mit dem Thema: „Die rote Justiz.“ Ein Flugblatt mit der Schlagzeile „Millionenverschwendungen, die zum Himmel schreien“ sollte die Einwohner zum Besuch ihrer Versammlung aufputschen. Daß die Einwohnerhaft besser unterrichtet ist über die in der NSDAP herrschende Korruption und Unmoral, bewies sie durch ihr Fernbleiben. Ungefähr 120 Besucher wies die Versammlung auf; diese Zahl schmolz aber ganz erklecklich zusammen, als ein Kommunist vor dem Schlußwort seine Genossen aufforderte, den Saal zu verlassen.

Ganze 50 Mann blieben nun noch übrig einschließlich des von auswärts herbeigekehrten Versammlungshauptes.

Unter diesem kleinen Häuflein befanden sich auch diesmal wieder die beiden bürgerlichen Gemeindevorordneten Arnold und Tue. Werden ihre Wähler sich das gefallen lassen? Nicht übersehen möchten wir den Dritten im Bunde, den sogenannten Schuhherren, den

## Bezirks-Elternabende

Mit Vorführung des Filmes:

### „Johanna von Orleans“

Dienstag, den 24. Februar 1931, 20 Uhr, in der „Goldenen Krone“, L.-Connewitz

Mittwoch, den 25. Februar 1931, 20 Uhr, in den „Concordia-Festsälen“, L.-Gohlis

Donnerstag, 26. Februar 1931, 20 Uhr, im Gasthof „Löwenpark“, L.-Stötteritz

Montag, den 9. März 1931, 20 Uhr, im Volkshaus, Leipzig, Zeitzer Straße

### „Bunter Abend“

Mittwoch, den 25. Februar 1931, 20 Uhr, in „Käblers Festsälen“, L.-Volkmarisdorf

Freitag, den 27. Februar 1931, 20 Uhr, im „Deutschen Haus“, Lindenauer Markt

Unkostenbeitrag: Abendkasse 60 Pfg., Erwerbslose 20 Pfg.

### Vorführung des Festspiels: „Brüder, zur Sonne...“

Mittwoch, den 4. März 1931, 20 Uhr, in Mätzschkers Festsälen, Kleinzschocher

Unkostenbeitrag: Abendkasse 40 Pfg., Erwerbslose 10 Pfg.

## Elternratszentrale für die weltliche Schule Leipziger Lehrerverein.

Pfarrer Hager. Wenige wissen, daß seit 14 Tagen die Nazis mit ihrem Wagnis nach dem Garten der alten Pfarze umgezogen sind, um dort ungehört ihre dunklen Pläne schmieden zu können. Und ausgerechnet die christliche Kirche gewährt einer Mörderpartei Unterschlupf und führt diesen planmäßigen Mord in die Mitglieder des christlichen Jugend- und des Pfadfindervereins zu Eltern und Erziehern, aufgepaßt! Herr Pfarrer Hager, jetzt liegt es an Ihnen, was werden soll! Wir sind bereit!

## Ein feiner Morallehrer

Durch die Spaltungsversuche der Kommunisten ist auch die Jugendweiche in Eilenburg betroffen worden, für deren Moralunterricht die Spalter den berühmten Allererwählschwäger und Demagogon Bauarbeiter o. D. Stöbel gebunden haben. Mit welchen Mitteln der „seine Herr“ arbeitet, beweist folgender Vorfall: Eine Mutter nimmt ihre Tochter aus dem Unterricht heraus, weil sie es nicht verantworten kann, ihr Kind diesem Moralprediger anzuvertrauen. Der feine Moralprediger besitzt joweil Güte, daß er seine Sprechstunde aus seiner Wohnung in Schloßbachs Restaurant verlegen mußte. Als nun die Mutter ihre Tochter forderte, wurde sie von Stöbel mit den Worten betitelt: „Sie Rohne (die Frau ist 88 Jahre alt), Sie Mißgeburt von einem Frauenzimmer, hören Sie sich mit Ihrer Tochter zum Teufel!“ Weiter holte er auch noch zum Schläge aus.

Arbeitereltern! Wollt ihr diesem „Moralunterrichtslehrer“ eure Kinder anvertrauen? Der alljährlich stattfindende Unterricht für die Kinder zur Jugendweiche, veranstaltet vom Gewerkschaftsamt, findet jeden Montag 17 Uhr im Jugendheim statt. Lehrer ist der Gen. Stühr, Leipzig, der durch seine vortreffliche Gedächtnis des letzten Totensestes noch allen in Erinnerung sein dürfte.

## Tausch.

Donnerstag, 26. Februar, 20 Uhr, im Sportlerheim, Vortier Straße, Vortragabend des Proletarischen Jugendkartells. Genosse Dr. Blumberg (Leipzig) spricht über: „Sexuelle Not und wir.“ Im zweiten Teil Lichtbildervortrag „Änere Schutzmaßnahmen“, geleitet von der Liga für bewußte Geburtenregelung.

ms. Für Sonnabendnachmittag hatten die Kommunisten die Erwerbslosen zu einer Versammlung aufgerufen. Etwa 50 Personen waren den kommunistischen Lokrufen gefolgt. Wir hatten schon gewarnt, diese Versammlung zu besuchen, da Arbeitslosensfragen dort nicht verhandelt würden. Doch diesmal sollte den Zuhörern etwas Besonderes geboten werden, es wurde über die Verhandlung der Waffendestillate vor dem Reichsgericht berichtet. Soll davon die Arbeiterschaft satt werden?

## Großsch.

Der Elternrat veranstaltet am Mittwoch, dem 25. Februar, 20 Uhr, im Saale der Grünen Aue, Schiedestraße, einen Elternabend. Rinderausagen, Kinderfragen und Erziehung zur Wahrsamkeit wird das vom Oberlehrer Wegel, Leipzig, behandelte Thema sein. Rein Trinzwang.

## Eilenburg.

Einen lustigen Kindernachmittag veranstaltet am Mittwoch, dem 25. Februar, 18 Uhr, im Saale des „Volkshauses“ der Deutsche Freidenker-Verband (Sitz Berlin) unter dem Motto: Onkel Wilhelm kommt! Der unseren Lesern bekannte Gen. Stühr, Leipzig, dürfte auch hier in Eilenburg eine stattliche Zahl um sich scharen.

## Versammlungskalender

Dienstag, 24. Februar. Ortsverein L.-Ost (SPD), Arbeiterheim, Kirchstraße 17, 20 Uhr.

Mittwoch, 25. Februar. Deutscher Bekleidungsarbeiter-Verband (Herren- und Damen-Mahlschneider), Volkshaus, 19 Uhr.

Deutscher Bauarbeiter-Verband (Menschen), Volkshaus, 17.30 Uhr.

Bund der Freidenker, Ortsgr. Ost (Funktionäre), Angersköpchen, 20 Uhr.

# Kleine Vorlagen im Reichstag

Berlin, 23. Februar.

Zu Beginn der Montags-Sitzung verlangte Abg. Sattler (Komm.) sofortige Beratung eines Antrags auf 3 Millionen Reichshilfe für die Hinterbliebenen und Angehörigen der Opfer des jüngsten Bergwerksunglücks auf der Zeche Schmeider Reserve bei Wachen, sofortige Verhaftung der Zecheleitung usw. Präsident Lohse: Sofortige Verhandlung ist nur möglich, wenn niemand widerspricht.

Abg. Müller-Franken (Soz.): Nach der neuen Geschäftsordnung bedarf der Antrag, da er Mehrkosten fordert, eines Deckungsantrages (Lärmende Gegenrufe der Komm.) Der Antrag müßte daher an den Haushaltsausschuß gehen.

Präsident Lohse stellt das Einverständnis des Hauses mit der Ueberweisung an die Ausschüsse fest.

Abg. Stoeder (Komm.) beantragt nun, den Gesetzentwurf seiner Partei über Sonderbesteuerung der großen Einkommen und Vermögen sowie der Tantiemen sofort ohne Debatte zu erledigen. Dem Vorschlag des Abg. Esser (Zent.) auf Ueberweisung an den Haushaltsausschuß, erwidern die Kommunisten, dieser Vorschlag sei bereits im Ausschuß durchgesprochen worden. Nunmehr besteht das Verlangen Stoeders am Widerspruch von rechts.

Einige kleinere Vorlagen werden ohne Debatte erledigt. — Ein Zusatz-Handelsabkommen mit Frankreich veranlaßt den Abg. Hürtle (Komm.) zu der Behauptung, in diesem Abkommen seien einige deutsche Agrarprodukte erhöht und die Regierung habe schon über einen neuen Zollwucherraubzug. Die ganze Zollpolitik der europäischen Staaten sei ein Teil des Kapitalistkriege gegen die billige Ausfuhr Sowjet-Rußlands, die man als Dumping verurteilt.

## Abg. Zoni Sender (Soz.)

Wir bedauern, daß dieses Zusatzabkommen notwendig geworden ist und wir bedauern, die Verschlechterung der Handelsbeziehungen mit Frankreich, die ihren Grund in dem Handelsvertrag hat. Wenn die Regierung schon Zugeständnisse an Frankreich machen mußte, so hätte sie eine Verminderung der Einfuhrzölle auf deutsche Industriewaren in Frankreich anstreben und erreichen sollen. Das wäre nützlicher gewesen, als die jetzt vereinbarten Zollserhöhungen. Gegenüber dem Vordränger stelle ich fest:

Hätte man auf die Zustimmung der Kommunisten warten müssen, dann wären die Handelsverträge in der ganzen Vergangenheit nicht zustande gekommen, mit Ausnahme des Handelsvertrags mit Rußland haben die Kommunisten jeden Handelsvertrag und jedes Handelsabkommen abgelehnt. (Anbauende störende Jurufe der Kommunisten.)

Die Kommunisten haben kein Interesse daran, daß in Genf die verschiedenen Staaten über eine Verbesserung ihrer handelspolitischen Beziehungen beraten. Nur durch Handelsverträge können gegenseitige Zollherabsetzungen geschaffen werden. Wenn Sie (zu den Kommunisten) das nicht gelten lassen, so beweisen Sie nur, daß Sie gar nicht begriffen haben, um was es sich handelt. (Lärm der Kommunisten.) Ihr Geschrei beweist nur, daß Sie sich auf dem Boden, den Sie seit Jahren besetzt haben, nicht fühlen. (Sehr gut!) Wenn wir auf Sie gewartet hätten, wenn das deutsche Proletariat auf Ihre Stimmen zum Abschluß von Handelsverträgen angewiesen wäre, dann würden von den 3 Millionen deutscher Arbeiter, die heute noch für den Export arbeiten können, die meisten auch noch mit den anderen 6 Millionen deutscher Arbeiter erwerbslos auf der Straße liegen. (Lebhafte Zustimmung.) Die Regierung fordern wir auf, das Genfer Zollfriedensabkommen alsbald dem Reichstage vorzulegen und nachdrücklich für seine Ratifizierung einzutreten, damit künftigen Zollserhöhungen vorgebeugt wird. (Lebhafte Beifall der Soz.)

Abg. Schneider-Dresden (D. Sp.) befürchtet von dem Abkommen eine Schädigung der Chemischer Textilindustrie und eine daraus folgende Niederbeschäftigung ihrer Arbeiter.

Abg. Dr. Horlacher (Bayr. Sp.) begrüßt die in dem Zusatzabkommen enthaltene Erleichterung für den deutschen Hopfenbau. Nach weiterer kurzer Debatte wird das Zusatzabkommen dem Handelspolitischen Ausschuß überwiesen.

Der Gesetzentwurf zum Ausbau der Angestelltenversicherung, der u. a. die selbstverschuldeten Reaktoren von der Versicherungs-pflicht befreit, wird nach einer Kommunistenrede dem Sozialpolitischen Ausschuß überwiesen.

Hierauf wird die Haushaltsberatung fortgesetzt, und zwar beim Ministerium für Ernährung und Landwirtschaft.

Abg. Schmidt-Cöpenick (Soz.) spricht als Berichterstatter über die Ausschußverhandlungen.

Danach schlägt Präsident Lohse bereits gegen 18.30 Uhr die Vertagung vor, da das Kabinett noch über Landwirtschaftsfragen berate. (Heiterkeit.)

Nach kurzer Geschäftsordnungsdebatte wird die Tagesordnung für die nächste Sitzung, Dienstag, 15 Uhr, folgendermaßen festgelegt:

Kleine Vorlagen, Abstimmungen zum Haushalt der Kriegs-lasten und der Versorgung, Kommunistischer „Millionärsteuer-antrag“, Haushalt des Ernährungsministeriums samt Ausschußbericht über verbilligten Frischfleischbezug.

## Ein treuer Knecht!

Unter diesem Stichworte bringt die „Sächsische Arbeiterzeitung“ in ihrer Donnerstagsnummer einen von Verleumdungen und Gemeinheiten kranken Artikel gegen mich als Betriebsratsvorsitzenden in der Firma Brochhaus. Es wird mir darin unterstellt, daß ich gegen eine kommunistische Arbeiterin auf gemeine Weise vorgegangen sei, deren Rindigung durchgesetzt hätte, nur weil ich den „Graphischen Block“, das Organ der graphischen Gewerkschaftersplitterer, verteilt hat. Richtig ist, daß ich der Betriebsratsvorsitzende des Betriebes des „Käseblättchens“, das ausgerechnet während der Lohnbewegung gegen die Verbände auf die schamloseste Weise hegte, in ruhiger, bestimmter Weise verboten habe. Der Schreiber des Ergusses in der SLZ ist der kommunistische Stadt-Schubert. Ihm ist bekannt, daß die betreffende Arbeiterin nur auf zwei Wochen zur Ausschüsse eingestellt war, daß sie auf eigenen Wunsch eher aufhören wollte. Von mir und dem in Frage kommenden Abteilungsleiter ist ihr einbringlich zugeredet worden, dies nicht zu tun. Die Behauptungen Schuberts stellen nur einen gemeinen Rauecht dar, da er von der Belegschaft fast einstimmig als ungeeignet zur Befeldung eines Betriebsratspostens abgelehnt wurde.

Mit seinen Verleumdungen verfolgt Schubert den Zweck, im Betriebe für seine in Aussicht gestellte NW-Liste Stimmung zu machen. Es ist derselbe Schubert, der in einer der letzten Buchdruckerversammlungen einen an starken Krämpfeanfällen leidenden Kollegen wie ein Besessener am Halbe würgte, nur weil er einen Zwischenruf gemacht hatte. Das einzige Ergebnis der dreijährigen Betriebsratsstätigkeit Schuberts besteht darin, daß die Kollegenschaft durcheinander geraten ist, der Austritt einer Anzahl Kollegen aus dem Verbands erfolgte und die Bildung einer Nazi-Zelle möglich war. Er selbst soll jetzt aus dem Verbands ausgeschlossen werden. Schubert ist ein durch und durch feiger Geistle, der nie zu seinen Worten steht, sich bei seiner Wühlarbeit aber der schäblichsten Mittel bedient. Er bleibt dabei im Hintergrund, während er unerschrocken, kaum den Kinderjahren entwachsenen Mädchen oder Befristungen vorführt. Ihm ist bei seinen Verleumdungen jedes Mittel recht, wenn er sich als getreuer Stiefknecht Dofeles dessen Wohlgefallen erwerben kann.

Neihsverkauf an der Freibank, Morgen, Mittwoch, an der Freibank I Nr. 501 bis 1000 und Nr. 3801 bis 3900; an der Freibank II Nr. 1501 bis 2000 und Nr. 2001 bis 2900. Von 10.30 Uhr an freier Verkauf.